

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse weiter über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/925** - Stichwort: Geräteprogramm für Hochschulen - abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse dann über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/926** - Stichwort: Sofortprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums - abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag ebenfalls mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/927** - Stichwort: Islamische Religionspädagogik - abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

- (B) Ich lasse nunmehr über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/928** - Stichwort: Kürzung des Ansatzes zugunsten der Stellenreserve - abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir stimmen nun über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/929** - Stichwort: Schaffung einer Stellenreserve - ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den **Einzelplan 05** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/805** abstimmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Einzelplan mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion so

beschlossen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren. (C)

Ich rufe **Nummer 4** auf:

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

mit den Teilbereichen a) Frauen, b) Jugend und Familie und c) Gesundheit.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/811 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/940 bis 13/944 hin und eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Frauen

Als erste Rednerin hat Frau van Dinther für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Frau von Dinther.

Regina van Dinther (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt im Geschäftsbereich Frauenpolitik ist eher klein. In der Beurteilung der Notwendigkeit und der politischen Gewichtung der hieraus schwerpunktmäßig zu fördernden Maßnahmen liegen wir nicht so weit auseinander. Um Maßnahmen wie z. B. ein Netz von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen als Angebot an Frauen und Kinder, die der Gewalt ausgesetzt sind, darf es keinen politischen Streit geben. (D)

Wir wollen auch nicht über die Notwendigkeit streiten, Mädchen in den Fokus politischer Angebote zu nehmen, höchstens anmerken, dass die Mühlen langsam mahlen, wir nur sehr geringe Veränderungen feststellen und wir deshalb auch die Programme vermutlich noch stärker auf ihre Wirksamkeit überprüfen müssen. Denn es ist tatsächlich so, dass trotz etlicher Anstrengungen in diesem Bereich zum Beispiel auch der Regionalstellen Frau und Beruf, das Berufswahlverhalten der Mädchen zu ändern, die effektiven Zahlen immer noch sehr ernüchternd sind. Noch immer wirken nämlich die frauentypischen Berufe für Mädchen scheinbar attraktiver, und die Zukunftschancen gerade in den neuen Technikberufen werden von den Mädchen kaum wahrgenommen.

(Regina van Dinther [CDU])

- (A) Vermutlich werden wir die Möglichkeiten in der Schule stärker unter die Lupe nehmen müssen.

Ich habe mich gerade sehr gewundert, dass Sie unseren Antrag zur Informationstechnik nicht unterstützt haben. Denn Informationstechnik ist einer der technischen Studiengänge, in dem wir an den Hochschulen, was den Anteil der Frauen betrifft, vorankommen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Unter dem Strich ist es also richtig, all diese Förderprogramme noch einmal vernünftig zu überprüfen; dazu hat uns auch die EU angehalten. Alle neuen Förderungen laufen unter sehr viel strengeren Auflagen und unter der Überschrift, Effektivität zu erreichen.

Ich möchte mich heute in meiner Haushaltsrede ganz im Sinne des neulich diskutierten Gender-Mainstreamings stärker mit den Politikfeldern beschäftigen, in denen nach unserer Meinung die Frauen durch den Haushalt der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen in ganz besonderer Weise von Kürzungen, Veränderungen oder Unterlassungen betroffen sind.

- (B) Ich fange mit meinem Lieblingsthema an: Wie sieht hier in Nordrhein-Westfalen die Kinderbetreuung aus? - Da haben wir jetzt wieder im März beim Weltfrauentag die passenden Reden gehört, u. a. auch die der Bundesfrauenministerin, die unter der Überschrift "Krippen- und Hortplätze im Westen Mangelware" doch in einigen Zeitungen erschienen ist. Sie legt den Finger in die Wunde: In den neuen Bundesländern gebe es zum Beispiel für 35 % der Kinder Krippenplätze; im Westen nur für 3 %. Wir wissen alle genau: In Nordrhein-Westfalen sind es nicht einmal 3 %, hier sind es weit unter 2 %. Laut Haushaltsplan 2001 werden in diesem Bereich ganze 11.000 Plätze gefördert.

Da hat sich in den letzten Jahren überhaupt nichts nach vorne bewegt. Seit Jahren ist in diesem Bereich Stillstand, obwohl alle, die in dem Fachbereich tätig sind, eigentlich wissen, dass der große Trend bei den Frauen immer stärker dahin geht, statt der ursprünglich vorgegebenen drei Jahre Erziehungsurlaub nur noch ein Jahr Erziehungsurlaub in Anspruch zu nehmen. Das heißt, irgendwo müssen die Kinder dann bleiben. Denn viele Frauen wissen heute, dass sie, wenn sie länger als ein Jahr aussteigen, vor allen Din-

- gen in technischen Berufen den Anschluss nicht wiederfinden. (C)

Wir wissen natürlich auch, dass durch die öffentliche Hand geförderte Krippenplätze sehr, sehr teuer sind. Aber auch bei innovativen Projekten oder Alternativen dazu - zum Beispiel der Betreuung dieser Kinder durch Tagesmütter - müssen wir in diesem Land feststellen: Absolut nichts passiert! Es gibt zwar Modellprojekte - schon in meiner ersten Legislaturperiode sind Modellprojekte des Landes gelaufen -, aber am Ende werden die Projektdaten nicht ausgewertet bzw. die Ergebnisse nicht ernst genommen.

Es ist weiterhin absolute Privatsache der Mütter zu gucken: Wo kriege ich meine Kinder unter, wenn ich wieder arbeiten gehen möchte oder arbeiten gehen muss? Da kann man fragen: Was kümmern die Regierenden die täglichen Sorgen der Mütter? Dabei sind Mütter zu 60 % berufstätig.

Lediglich im klassischen Kindergarten- und jetzt auch im Grundschulalter können die Mütter in Nordrhein-Westfalen einigermaßen durchatmen. Sogar für 25 % der Kinder haben wir Über-Mittag-Angebote. Aber das ist auch der einzige Bereich, wo das Angebot einigermaßen ordentlich ist. Bei allem anderen, z. B. der Betreuung für Kinder in weiterführenden Schulen, wird es schwierig. (D)

Wir verzeichnen im Hortbereich in den letzten Jahren kaum eine Fortentwicklung. Im Gegenteil haben Sie vor zwei Jahren für absoluten Stillstand und dafür gesorgt, dass fast niemand vor Ort Kindergartenplätze in Hortplätze umwandeln kann. Mit Ihren neuen Angeboten - darauf ist Jürgen Rüttgers gestern schon eingegangen - bieten Sie in der Tat 90 Pfennig pro Kind an Förderung durch die Landesregierung an. 10.000 DM bieten Sie den Haupt- und Sonderschulen und 8.000 DM den weiterführenden Schulen im Jahr an.

Meine Damen und Herren, alle die, die Personalkosten kennen, wissen ganz genau, dass man mit 10.000 DM gar nichts, aber auch wirklich gar nichts, und vor allen Dingen wirklich nichts an qualitativer Kinderbetreuung machen kann. Selbst wenn man die Komplementärförderung der Städte und die Elternbeiträge mit einrechnet, ist das nichts, worüber wir hier wirklich reden dürften.

(Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(Regina van Dinther [CDU])

- (A) Am schlimmsten an diesem ganzen Prozess finde ich, dass all diese neuen Maßnahmen absolut vorbei am Parlament, absolut ohne öffentlichen Diskurs mit den Fachleuten auf diesem Gebiet durchgeführt werden.

Ich kann nur sagen: Ich erinnere mich noch wohlwollend an die Zeit 1992, als wir zusammen das GTK erarbeitet haben. Natürlich haben wir auch darüber heftig gestritten, aber Hermann Heinemann hat sich zumindest der Diskussion gestellt. Wir sind jeden Abend draußen im Land gewesen, haben über die richtigen Standards, über die richtige, vernünftige, qualitativ angemessene Form der Kinderbetreuung gestritten und danach ein relativ gutes Gesetz bekommen.

(Zuruf der Brigitte Speth [SPD])

Jetzt führen Sie Billigangebote ein, worüber Sie vorher mit niemandem reden, proppen den Kommunen und den Eltern die Sorgen auf, weil das, was Sie von Landesseite verkaufen, qualitativ eben nicht in Ordnung ist.

Jetzt will ich jemanden zitieren, der ganz bestimmt nicht CDU-freundlich ist, nämlich Herrn Dr. Rolle, den Leiter des Sozialpädagogischen Instituts in Nordrhein-Westfalen, der aber genau beschreibt, was Kinder gerade auch im Schulalter an Betreuung brauchen. Herr Dr. Rolle sagt:

(B)

"Im Schulalter reicht es nicht aus, was im Allgemeinen unter Versorgung und Betreuung verstanden wird."

Versorgen können sich die Kinder heute mühelos selbst durch Fastfood, Mikrowelle, Tiefkühlkost. Auch betreut werden die Kinder im Schulalter heute: durch Video, durch Fernsehen, durch Computer, durch Gameboys oder durch den Aufenthalt in Einkaufszentren. Schulkinder aber brauchen etwas anderes für ihre positive Entwicklung. Wir brauchen im Kindergarten- oder Schulbereich nicht über eine bestimmte Entwicklung von Kindern zu stöhnen - was dort los ist, wissen wir alle -, wenn wir nicht darauf achten, dass Kinder in eine vernünftige Betreuung kommen.

Herr Dr. Rolle führt aus, was Kinder in der Betreuung brauchen: Kontinuität in der Institution und in der Person. Patchworkbetreuung, - morgens die, mittags der und nachmittags noch eine andere Betreuungsperson -, brauchen sie nämlich nicht. Verlässliche Orte mit Spielmöglichkeiten, die Möglichkeit, ihren Stadtteil zu erkunden, Räume

zum Erleben und Orientieren, Schutz vor Gefahren und Risiken, eine gesunde Ernährung, Erfahrungsräume, in denen sie lernen können, Verantwortung zu übernehmen - all das ist etwas, was man mit Billigangeboten leider nicht erreichen kann.

(C)

Die Anforderungen, die Herr Dr. Rolle beschreibt, und die Kritik des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind ziemlich eindeutig, nämlich dass man das mit dem, was die Landesregierung momentan anbietet, nicht erreichen kann.

Meine Damen und Herren, wir bieten Ihnen an, mit uns darüber zu diskutieren. Ich bin sicher, dass die Fachleute draußen gerne dazu bereit sind, über diese Themen zu sprechen.

Wir müssen ganz sicher zu einem Stufenprogramm kommen. Das ist nicht von heute auf morgen finanzierbar. Wir brauchen flexible, unterschiedliche Angebote, weil die Anforderungen unterschiedlich sind.

(Beifall bei der CDU - Renate Drewke [SPD]): Genau das brauchen wir!

- Aber nicht, was Sie hier anbieten. Sie proppen den Leuten Ihre Billigprogramme auf, ohne dass Sie mit jemandem vorher darüber gesprochen haben. Das können wir so nicht akzeptieren.

(D)

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Die CDU hat ihre Änderungsanträge in den Bereichen gestellt, in denen wir meinen, dass wir den Menschen im Land nutzen. Als wichtigste Zukunftsaufgabe wollen wir helfen, die Schulen in Ordnung zu bringen, weil das allen am meisten nützt. Wir haben aber auch beantragt, das GTK wieder auf den ursprünglichen Ansatz zurückzubringen, damit das Hortangebot ausgebaut werden kann. Wir haben mehr Geld für die Integration ausländischer Kinder beantragt. Dieses Geld wird sicherlich auch ausländischen Frauen zugute kommen, weil gerade den Müttern Sprachkurse angeboten werden müssen. Wir haben mehr Geld für Alte, für Menschen mit Behinderung, für Pflegebedürftige beantragt. Wir haben mehr Geld beantragt, um im Hochschulbereich voranzukommen. Ich glaube, dass wir mit all diesen Anträgen den Menschen im Lande helfen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]): Gute Arbeit!

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau van Dinther. - Das Wort hat die Abgeordnete Drewke für die SPD-Fraktion.

Renate Drewke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau van Dinther, Ihr Beitrag kommt mir so vor wie die Sache mit dem Prüfling, der sich auf eine Prüfungsarbeit über Würmer vorbereitet hat, das Thema Elefant bekommt und dann mehr oder weniger geschickt trotzdem über den Rüssel beim Wurm landet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich dachte, dieser Tagesordnungspunkt wäre dazu da, dass wir uns mit der nordrhein-westfälischen Frauenpolitik auseinandersetzen.

(Regina van Dinther [CDU]: Das ist wohl Frauenpolitik!)

- Sie gehen ja auf Gender-Mainstreaming ein und sagen, unter Berücksichtigung dieses Ansatzes wäre es notwendig, über Kinderbetreuung zu diskutieren. Bloß ist das ein Punkt, den wir im Bereich Kinder, Jugend und Familie gleich im Anschluss an diese Debatte erörtern wollen.

(B) Ich denke, auch im Sinne von Gender-Mainstreaming brauchen wir uns als SPD-Frauen für das, was vorgesehen ist - das gilt auch für den Bereich Ganztagsbetreuung -, nicht zu schämen. Das Programm bietet eine realistische Perspektive, wie wir tatsächlich innerhalb von vier, fünf Jahren über 200.000 zusätzliche Betreuungsplätze, und zwar bedarfsgerecht und nicht alles gleichmachend, im Land anbieten können. Damit sind wir schon einen gewaltigen Schritt weiter. Wenn man sich die Angebote anderer Länder anschaut, brauchen wir uns erst recht nicht zu verstecken. Dabei gestehe ich natürlich zu, dass die Situation in den neuen Bundesländern anders aussieht. Das ist allerdings historisch gewachsen, und das wissen Sie ganz genau.

Meine Damen und Herren, mit der dem Haushalt eigenen Sprache lassen sich die Ergebnisse über die Beratungen des Ausschusses für Frauenpolitik zum Einzelplan 11, Kapitel 11 030 wohl so zusammenfassen:

Der Ausschuss für Frauenpolitik hat in seinen Sitzungen am 1. Dezember 2000, am 26. Januar und am 6. März 2001 den Einzelplan 11, Kapitel 11 030, sowie die Haushaltstitel

der anderen Ressorts beraten, die einen unmittelbaren frauenpolitischen Bezug haben. Zur abschließenden Beratung lagen dem Ausschuss insgesamt sieben Änderungsanträge vor, vier der Koalitionsfraktionen, drei der F.D.P.

Einstimmig wurde beschlossen, den Baransatz und die Verpflichtungsermächtigung für die Linie I - dabei handelt es sich um ein mobiles Internet-Café, das Frauen und Mädchen Grundkenntnisse über das Internet vermittelt und ihr Interesse an Zukunftstechnologien wecken soll - um 200.000 DM zu erhöhen.

Einstimmig wurde auch der Antrag unterstützt, den spezialisierten Beratungsstellen 145.000 DM mehr zur Verfügung zu stellen. Die CDU stimmte hier dem weitergehenden Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Koalitionsfraktionen sollen die Zuschüsse für die Personal- und Sachkosten von Frauenberatungsstellen in diesem Jahr um 200.000 DM erhöht werden.

Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis, also auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion, sollen künftig 300.000 DM mehr zur Verfügung stehen, um bei der Umsetzung des Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Nordrhein-Westfalen eine Vernetzung und Beteiligung der in diesem Bereich tätigen Landesarbeitsgemeinschaften zu unterstützen.

Die von den Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU vorgelegten Änderungsanträge zu den Einzelplänen der anderen Ressorts, die unmittelbar frauenspezifische Bezüge haben, wurden nicht im Ausschuss für Frauenpolitik beraten und abgestimmt, sondern dort nur zur Kenntnis genommen. Einvernehmen bestand darüber, dass die Beratungen und die Abstimmungen zu diesen Anträgen im Sinne des Gender-Mainstreaming in den jeweiligen Fachausschüssen erfolgen sollen.

In der Schlussabstimmung wurde der Einzelplan 11, Kapitel 11 030, unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der F.D.P. angenommen. Darauf hat Frau van Dinther ja schon hingewiesen.

So weit der trockene Rechenschaftsbericht über das Ergebnis der Ausschussberatungen, den es hier in der zweiten Lesung des Haushalts abzuge-

(C)

(D)

(Renate Drewke [SPD])

- (A) ben gilt. Der Haushaltsplan, Baransätze und Verpflichtungsermächtigungen, Haushaltsvermerke und Erläuterungen sind nichts anderes als eine Beschreibung der Politikschwerpunkte - hier: der Frauenpolitik -, die wir auch in diesem Jahr erfolgreich fortführen wollen und deren Grundlagen wir in der Koalitionsvereinbarung zur 13. Legislaturperiode gelegt haben.

Mit diesen nüchternen Zahlen haben wir folgende frauenpolitischen Schwerpunkte beschrieben: Frauenförderung im Beruf fortsetzen, insbesondere im Bereich der neuen Technologien, um vor allem das Berufswahlspektrum von Mädchen und jungen Frauen zu erweitern. Nur so kann ihr Blick auf die Zukunftschancen neuer Berufe gerichtet werden. Nur so können sie gleichberechtigt an den Zukunftsperspektiven der neuen Berufe teilhaben.

"Gewalt gegen Frauen und Kinder nachhaltig bekämpfen" ist ein weiterer Schwerpunkt, der im Haushalt zum Ausdruck kommt. Nächste Woche werden wir im Plenum ausführlich Gelegenheit haben, über das umfassende Konzept der Regierungsfractionen zu diskutieren. Ich wünsche mir - das schon einmal vorweg an die CDU-Fraktion gerichtet - eine breite parlamentarische Unterstützung. Ihr Abstimmungsverhalten im Ausschuss stimmt mich da durchaus zuversichtlich.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für Chancengleichheit und gerechte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu sorgen ist auch ein Schwerpunkt, der in diesem Haushalt zum Ausdruck kommt. Das bedeutet vor allem, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen, Frauen gleichberechtigt an den Chancen und Perspektiven der Informationsgesellschaft teilhaben zu lassen.

Schließlich gilt es, das Prinzip des Gender-Mainstreaming nachhaltig zu verankern. Wir müssen die Frauenförderpolitik, die auf die Beseitigung von Nachteilen gerichtet ist, aber strukturelle Veränderungen nur in sehr geringem Umfang bewerkstelligen kann, weiterentwickeln. Wir treten für eine Politik ein, die beide Geschlechter im Blick hat, bei der die Sichtweisen, Interessen, Bedürfnisse und Fähigkeiten von Frauen und Männern frühzeitig und rechtzeitig, selbstverständlich, regelmäßig und alle Handlungsbereiche erfassend in die tägliche Praxis von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, Gender-Mainstreaming anzuwenden und umzusetzen ist für Nordrhein-Westfalen nichts Neues. Denn das, was wir seit 1994 mit dem "Aktionsprogramm Frau und Beruf" in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik begonnen haben, hatte dies als Grundlage. Das wird in der Personalpolitik nach dem Landesgleichstellungsgesetz und der Neugestaltung der EU- und kofinanzierten Arbeitsmarkt- und Strukturprogramme fortgesetzt.

(C)

Für uns Frauenpolitikerinnen und -politiker in der SPD-Fraktion war es wichtig, mit wenigen Haushaltsanträgen gezielt frauenpolitische Schwerpunkte zu unterstützen. Unser Ehrgeiz besteht darin, Frauen in die Lage zu versetzen, neue Technologien nicht nur anzuwenden, sondern sie auch mitzugestalten. Sie sollen die beruflichen Chancen ergreifen können, die in diesen Berufsfeldern liegen.

Die frühzeitige Vermittlung von Medienkompetenz für Mädchen kann hierfür erste Voraussetzungen schaffen. Deshalb soll die Linie I ihre Fahrten im ländlichen Raum nicht nur fortsetzen - immerhin verschafft sie Mädchen und Frauen außerhalb der Ballungsräume oft die allerersten Zugänge zum Internet, weckt Interesse an den Zukunftsmedien und stärkt das Selbstbewusstsein im Umgang mit den neuen Medien -, sondern wir geben der Landesregierung mit der Erhöhung des Baransatzes und der Verpflichtungsermächtigung um je 200.000 DM die Möglichkeit, den Einsatz des mobilen Internet-Cafés in diesem Jahr um ca. 50 Einsatztage zu steigern und entsprechende Verpflichtungen für das nächste Jahr einzugehen.

(D)

Die frauenpolitische Infrastruktur zu stärken ist ebenso unser Anliegen, wie auch im Haushalt 2001 deutlich zu machen, dass das Thema "Gewalt gegen Frauen und Kinder" ein ganz zentraler Punkt unserer Politik ist.

Die Abstimmungen im Ausschuss für Frauenpolitik waren von einer breiten, fraktionsübergreifenden Zustimmung geprägt. Das ist übrigens ein Markenzeichen für Frauenpolitik. Ich hoffe, dass die Opposition diese Übereinstimmung auch hier im Plenum deutlich werden lässt. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Kollegin Drewke. - Für die F.D.P.-Fraktion hat Frau Capune-Kitka das Wort.

Brigitte Capune-Kitka (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die haushaltspolitischen Auseinandersetzungen im Ausschuss waren wirklich recht friedlich und fast einvernehmlich.

Wir begrüßen außerordentlich die Entscheidung der Koalition, mit uns gemeinsam den Haushaltsansatz der Beratungsstellen für die von Menschenhandel betroffenen Mädchen und Frauen, die dieses Geld dringend benötigen, um aus ihrer menschenunwürdigen Situation herauszukommen, zu erhöhen, der leider im Haushaltsentwurf heruntergeschnitten worden war.

Betroffen und traurig sind wir darüber, dass die Koalition unserem Antrag auf Aufhebung der Mittelkürzungen im Haushalt zum Thema Zufluchtstätten und sonstige innovative Projekte für sexuell missbrauchte Kinder und Jugendliche nicht gefolgt ist. Das sind übrigens in erster Linie Mädchen.

(B) Ich frage mich in dem Zusammenhang auch, ob Sie in Ihrem Leben jemals mit sexuell missbrauchten Kindern und Jugendlichen konfrontiert worden sind. Das ist mir leider in meiner Schulwirklichkeit sehr oft passiert. Ich möchte es Ihnen jetzt ersparen, einige Beispiele schlimmster Art vorzuführen, um Ihnen noch einmal zu zeigen, wie betroffen es mich macht, in diesem Bereich zu kürzen. Das ist für mich wirklich erbärmlich.

(Renate Drewke [SPD]: Wir müssen Anträge dafür haben!)

- Ich habe einen Antrag dazu gestellt, der von Ihnen abgelehnt wurde.

(Renate Drewke [SPD]: Aus der Trägerlandschaft!)

Vielleicht hätte man dann noch einmal über Projekte nachdenken können. Aber grundsätzlich ist der Ansatz zurückgeschnitten worden. Darüber haben wir uns unterhalten.

Angesichts der furchtbaren körperlichen und seelischen Verletzungen, die diese Kinder und Mädchen erleiden mussten, verstehe ich nicht, dass wir nicht alle nur denkbaren Anstrengungen un-

ternehmen, um ihnen ein normales Leben zu ermöglichen. Dazu braucht es mehr als ein paar Beratungsstellen. Es braucht innovative Projekte, viele Hilfen, viele Psychologen und lange Begleitung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ganze 600.000 DM wollen Sie überhaupt nur für diese Aufgabe bereitstellen. Wenn ich dann noch sehe, dass Sie für Veröffentlichungen und Dokumentationen in Hochglanz dem Frauenministerium 400.000 DM zugestehen, heißt das für mich: Wahlkampf statt ernsthafter Hilfe für die Therapie von missbrauchten Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Genauso fällt es Ihnen ganz leicht, zusätzlich 300.000 DM - nach dem Bundesgesetz - für das Thema Gewalt gegen Frauen zur Verfügung zu stellen. Ich würde es begrüßen, wenn es nicht der Vernetzung und der Beteiligung der in diesem Bereich tätigen Arbeitsgemeinschaften zugute käme, sondern den Frauen, die dort beraten werden. Man beschäftigt sich in diesen Arbeitsgemeinschaften mit sich selbst, aber die Arbeit für die und mit den Klienten kommt zu kurz.

(D) Wenn wir genügend Geld hätten für alles das, was wir wollen, für alle Frauen, die Hilfe brauchen, könnten wir zusätzlich Geld für Dokumentationen in Hochglanz zur Verfügung stellen. Ich möchte das Geld lieber zuerst einmal bei den Frauen und Kindern haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist schon mein Schlusswort: Leider benötigen wir immer noch Frauenausschüsse, Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser und Förderprogramme. Es muss uns aber in den kommenden Jahren gelingen, uns selbst als Frauenausschuss überflüssig zu machen, indem wir Ergebnisse vorlegen, die über einen modernen Ansatz in der Familienpolitik im Sinne von Genda-Mainstreaming - ich weiß schon, dass wir das unterschiedlich sehen -, im Sinne von Mann und Frau, im Sinne von weniger Bürokratie - jede Mark ist da zu viel -, im Sinne von weniger Gewalt, aber in einer Gewaltanstrengung von Politik und Gesellschaft Gleichstellung in dieser Gesellschaft selbstverständlich gemacht haben. - Ich danke.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Hürten das Wort.

Marianne Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verabschiedung des Landeshaushalts 2001 hat eine besondere Bedeutung, und zwar nicht, weil er - je nachdem, wie man es rechnet - der erste in einem neuen Jahrtausend ist, sondern weil wir mit ihm die Weichen für die zweite rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen, für weitere fünf Jahre rot-grüne Reformpolitik stellen. Wir tun das mit dem klaren Willen, die konsequente Frauenpolitik der vergangenen fünf Jahre fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Aber wir wissen auch, dass wir das unter erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen tun.

Weil wir um die große Bedeutung wissen, war uns bei den Koalitionsverhandlungen die Sicherung der frauenspezifischen Infrastruktur ein besonders wichtiges Anliegen. In der Koalitionsvereinbarung haben wir konkret festgehalten, das Netz von Frauen- und Mädchenhäusern, allgemeinen und spezialisierten Beratungsstellen, Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt, Unterbringungsmöglichkeiten für Menschenhandelsopfer, Regionalstellen Frau und Beruf sowie viele Fraueninitiativen und -projekte bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, bestehende Lücken zu schließen und die Kooperation untereinander sowie mit externen Bündnispartnerinnen und -partnern voranzutreiben. Das steht auf der einen Seite, der Frauenseite.

- (B) Auf der anderen Seite, auf der Finanzseite, steht unter der Überschrift "Überprüfung und Neuausrichtung aller Förderprogramme" aber auch:

"Im Bereich der Zuwendungen und Förderprogramme des Landes sind bereits 2001 erhebliche Einsparungen erforderlich. Alle Förderprogramme müssen überprüft werden, um durch eine Konzentration die vereinbarten politischen Schwerpunkte zu stärken. Dabei ist die Effektivität der Förderung durch möglichst messbare Zielvorgaben nachprüfbar zu machen."

Ein politischer Schwerpunkt ist ganz klar die Bildungspolitik. Sparen bzw. Umschichten für Bildung ist unabdingbar notwendig. Das ist ganz klar Position der Koalitionsfraktionen, auch der

- (C) Grünen-Landtagsfraktion. Die dazu getroffenen Vereinbarungen wurden hier gestern mehrere Stunden intensiv diskutiert.

Aus grüner Sicht ist aber auch die Querschnittsaufgabe Frauenpolitik ein Schwerpunkt von besonderer Bedeutung. Die dazu getroffenen Vereinbarungen quer durch alle Kapitel sind geeignet, Leuchtturm der rot-grünen Koalition zu werden. Voraussetzung ist natürlich, dass sie nicht den unbestreitbar notwendigen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Wie ernst Frauenpolitik genommen wird, zeigt sich erst in den Zeiten knapper Kassen. Im Juni vergangenen Jahres habe ich in einem Begleitbrief zu den frauenrelevanten Vereinbarungen im Koalitionsvertrag geschrieben:

"Was real von dem vereinbarten Maßnahmenpaket übrig bleibt, werden wir erstmals in einem guten halben Jahr nach den Haushaltsberatungen wissen. Der Finanzvorbehalt ist dieses Mal von besonderer Bedeutung, da durch die Unternehmenssteuerreform und das neue Stiftungsrecht auf Landesebene mehrere Milliarden Steuermindereinnahmen zu erwarten sind."

- (D) Heute ist der Tag, an dem wir erstmals frauenpolitisch Bilanz ziehen. Wir können dabei ganz klar festhalten: Frauenpolitik ist für diese Koalition keine Schönwetterangelegenheit oder nur Thema für Sonntagsreden und Presseerklärungen zum Frauentag. Nein, Frauenpolitik ist für diese Koalition ein ernsthaftes Anliegen, für das auch in Zeiten knapper Kassen die notwendigen Mittel mobilisiert werden.

Bereits im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung wurden die meisten frauenrelevanten Förderprogramme überrollt. Geringfügige Kürzungen waren nur da zu verzeichnen, wo keine Strukturen oder Einrichtungen betroffen sind. Das heißt konkret: Die beschäftigten Frauen in den Frauenhäusern, den autonomen Frauenberatungsstellen, bei den Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt tätig sind, in spezialisierten Beratungsstellen für Frauenhandelsopfer, den Zufluchtsstätten für Mädchen, dem Netzwerk für Frauen mit Behinderungen, bei den Prostituierten-Ausstiegsprojekten und last not least bei den wichtigen Regionalstellen "Frau und Beruf" wussten mit der Einbringung des Haushalts, dass ihre Arbeit im Jahr 2001 voraussichtlich sichergestellt ist

(Marianne Hürten [GRÜNE])

- (A) und ihre Stellen nicht gefährdet sind. Auf der Grundlage des Haushaltsentwurfs war es möglich, im Rahmen der vorläufigen Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln die Weiterfinanzierung all dieser Einrichtungen für das erste Quartal 2001 zu sichern. Das ist gerade für Frauenselbsthilfeeinrichtungen, die kaum über Eigenmittel verfügen, eine lebenswichtige Frage.

Auch für wichtige Projekte waren die Mittel bereits im Haushaltsentwurf eingestellt. Ich nenne zum Beispiel die Maßnahmen zur Prävention von sexualisierter Gewalt, die Linie I, das Projekt "Kompetenz im Management" oder Mittel zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit des Landesfrauenrats.

Nun liegen die Haushaltsberatungen hinter uns, und wir stellen fest: Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ist es uns gelungen, Kürzungen zurückzunehmen und an wichtigen Stellen die Förderung auszubauen. Auf Heller und Pfennig zurückgenommen haben wir die im Haushaltsentwurf vorgesehene Kürzung für die Honorarmittel, die den spezialisierten Beratungsstellen für Rechtsanwältinnen oder Dolmetscherinnen zur Verfügung stehen. Es ist mittlerweile eine europaweit unbestrittene Tatsache, dass der Frauenhandel neben Rauschgift- und Waffenhandel das relevanteste organisierte Verbrechen ist, in dem nach Schätzungen auch der Spezialisten vom LKA sogar mehr verdient wird. Wenn wir dieses organisierte Verbrechen eindämmen wollen, brauchen wir betroffene Frauen, die bereit sind, als Zeuginnen auszusagen. Ohne Beratungsstellen und versierte Juristinnen, die sie unterstützen, ist das nicht möglich. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre belegen ganz klar, dass gerade da, wo es große Prozesse gegen Menschenhändler gegeben hat, die Honorarmittel schnell aufgebraucht waren. Wir haben daher dafür Sorge getragen, dass die notwendigen Honorarmittel auch 2001 wieder zur Verfügung stehen, weil wir auch darin einen Beitrag sehen, Menschenhändlern das Handwerk zu legen und die betroffenen Frauen zu unterstützen.

Das Jahr 2001 ist das Jahr des Ehrenamtes. Es ist aber auch ein entscheidendes Jahr im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Die Bundesregierung hat einen Aktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen und darauf aufbauend den Entwurf für ein Gewaltschutzgesetz vorgelegt. Nächste Woche werden wir über den von den Koalitionsfraktionen

- vorgelegten Landesaktionsplan gegen häusliche Gewalt diskutieren. (C)

(Regina van Dinther [CDU]: Und über unseren Antrag!)

- Und über den CDU-Antrag, richtig!

Im Bundesaktionsplan, aber auch in unserem Landesaktionsplan wird betont, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den Frauenselbsthilfeeinrichtungen und -initiativen ist und dass sie am gesamten Prozess beteiligt werden sollen. Schon jetzt nehmen Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser, der Frauenberatungsstellen, der Notrufe und von "Wildwasser" an den Runden Tischen der Landesregierung teil, begleiten Gesetzgebungsverfahren, geben Stellungnahmen zu Anhörungen ab, machen Vorschläge für Fortbildungskonzepte und, und, und. Diese unverzichtbare Arbeit leisten die Landesarbeitsgemeinschaften aus eigener Kraft. Es ist gesellschaftlich notwendige ehrenamtliche Arbeit, die bisher vom Land nicht unterstützt wird.

Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode die Förderung einer gemeinsamen Geschäftsstelle der LAGen am mangelnden Konsens über das Konzept gescheitert war, wurden in den letzten Jahren alle Wünsche auf Unterstützung der Arbeit der LAGen abgelehnt. Wir halten das nicht länger für vertretbar. Wenn wir unter Bezugnahme auf das Grundgesetz feststellen, dass der Schutz vor Gewalt, auch vor Gewalt im privaten Bereich eine hochrangige staatliche Pflichtaufgabe ist und wir bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe auf die Erfahrungen und den Sachverstand der Frauen in den LAGen zurückgreifen, ist es dann nicht unsere Pflicht und Schuldigkeit, diesen Frauen zumindest ihre Unkosten zu erstatten und ihnen ein Budget für ihre Infrastruktur zur Verfügung zu stellen? Wir sind der Meinung, das muss sein. Deshalb haben wir vor allem für die Arbeit der LAGen, für ihre Vernetzung und zur Unterstützung ihrer Beteiligung an den im Aktionsplan vorgesehenen Aktivitäten im Landeshaushalt 300.000 DM zur Verfügung gestellt. (D)

Uns war auch wichtig, mit diesem ersten Haushalt der 13. Legislaturperiode ein Signal zu geben, dass wir es ernst nehmen mit der in der Koalitionsvereinbarung festgehaltenen Absicht, das Frauenhilfenetz zu sichern, auszubauen und Lücken zu schließen. Wir wissen, dass im Netz der

(Marianne Hürten [GRÜNE])

- (A) vom Land geförderten Frauenberatungsstellen noch Lücken sind. Für uns war aber dieses Jahr noch gravierender die Nachricht, dass die Frauenberatungsstelle in Burscheid nach dem Wegfall von ABM-Stellen von der Schließung bedroht ist, wenn sie nicht in die Landesförderung aufgenommen wird.

Die große Bedeutung der Beratungsstelle "Frauenzimmer" für den nördlichen Teil des Rheinisch-Bergischen Kreises wurde im Dezember des vergangenen Jahres in einem vom Bürgermeister der Stadt Burscheid geladenen Gespräch deutlich. "Frauenzimmer" bietet seit Jahren ein qualifiziertes, breit gefächertes Beratungsangebot, das von den Frauen der umliegenden Gemeinden intensiv genutzt wird. Um der schlechten Verkehrsinfrastruktur bzw. der begrenzten Mobilität der Rat suchenden Frauen gerecht zu werden, bietet "Frauenzimmer" regelmäßig in Wermelskirchen und Leichlingen Sprechstunden an. Die mangelnde Mobilität der Frauen, aber auch das spezifische Klientel sind Gründe dafür, dass der Beratungsbedarf nicht durch Beratungsangebote in Bergisch-Gladbach oder Leverkusen abgedeckt werden kann.

- (B) Aus unserer Sicht ist die Notwendigkeit der Förderung von "Frauenzimmer" und damit einer zweiten Beratungsstelle im Rheinisch-Bergischen Kreis wirklich gut begründet. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen werden der Landesregierung die Mittel zur Verfügung gestellt, um "Frauenzimmer" in Burscheid und im Verlauf des Jahres eine weitere Frauenberatungsstelle in die Landesförderung aufzunehmen.

Ein besonderes Anliegen ist es uns auch, Frauen und Mädchen ans Internet, an die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien heranzuführen. Die Linie I leistet hierzu einen hervorragenden Beitrag. Die Nachfrage insbesondere aus dem ländlichen Raum ist entsprechend groß. Mit dem Erhöhungsantrag der Koalitionsfraktionen kann die Einsatzfrequenz des mobilen Internet-Cafés deutlich erhöht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sicherung der finanziellen Förderung von Fraueneinrichtungen und -projekten auf hohem Niveau und Ausbau in gut begründeten wichtigen Bereichen, das ist die Botschaft des Haushalts 2001 für Frauen hier in Nordrhein-Westfalen. Ich finde, das ist ein gutes Signal. Trotz des anerkannten Spardrucks ist es

- (C) für mich nicht vorstellbar, dass hier in den kommenden Jahren ein Richtungswechsel erfolgt.

Die Unterstützung der Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen im Frauenausschuss durch die CDU und in einigen Fällen auch durch die F.D.P. ist ein bei Haushaltsberatungen, denke ich, seltenes Zeichen. Fraktionsübergreifend wird damit signalisiert, dass die hier wahrgenommenen Aufgaben als wichtig und notwendig eingeschätzt werden. Ich bitte daher um Zustimmung zur vorgelegten Beschlussempfehlung des Frauenausschusses zum Einzelplan 11 und für die vor uns liegenden Jahre um Unterstützung bei den Bemühungen, das Erreichte zu halten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

In dem Zusammenhang ein letztes Wort an Frau Capune-Kitka: Ihr Anliegen, Zufluchtsstätten für Mädchen auszubauen, teile ich. Wir haben in den letzten fünf Jahren mehrfach den Haushalt in diesem Bereich erhöht. Aber es war nicht möglich, Träger oder Kommunen zu finden, die das Geld nehmen und mit uns gemeinsam diese wichtigen Einrichtungen ausbauen. Wir haben über Jahre die Mittel für ein viertes Mädchenhaus im Haushalt gehalten, weil Aussicht bestand, dass in Unna eine vierte Zufluchtsstätte eröffnet würde. Aber auch dieser Ansatz ist gescheitert.

(D) Wenn es irgendwo die Möglichkeit geben sollte, dass das Geld abgerufen wird, bin ich sofort an Ihrer Seite, um dafür Mittel einzustellen. Aber ich habe nur die Information, dass in diesem Jahr diese Aussicht nicht besteht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Das Wort hat die Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Fischer.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin den Fraktionen von SPD, Grünen und F.D.P. dankbar, dass sie vorher geredet und auch zu frauenpolitischen Themen gesprochen haben. Nach der Rede von Frau van Dinther von der CDU-Fraktion war ich etwas erstaunt. Wenn die anderen nicht geredet hätten, dann hätte ich fast geglaubt, ich hätte etwas verpasst und hätte mir nur eingebildet, dass wir

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) im Ausschuss auch über Haushaltsansätze für Frauenpolitik geredet haben. Nach Ihrer Rede kann ich nur feststellen, dass bei Ihnen die Frauenpolitik nicht vorkommt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Regina van Dinter [CDU]: Stimmt überhaupt nicht! Haben Sie die ersten Sätze nicht gehört?)

Die CDU-Fraktion hat zur Frauenpolitik nichts zu sagen.

Wenn Sie über Gender-Mainstreaming reden und dies quasi als Vorwand benutzen, um zur Frauenpolitik nichts zu sagen, sondern zur Kinder- und Jugendpolitik zu reden, also zu dem folgenden Tagesordnungspunkt, verwundert das außerordentlich.

Man muss das Rad nicht ständig neu drehen, aber man muss gerade bei der Kinder- und Familienpolitik sehr kreativ sein, wenn es um die Frage der Kinderbetreuung geht. Dass es für Eltern ausgesprochen wichtig ist, seitens der Familienpolitik Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, und dass dazu maßgeblich auch die Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder gehören, ist völlig unstrittig. Es ist aber mit Sicherheit ein Rückschritt zu glauben, man könnte, wenn man über Frauenpolitik redet, ausschließlich über Kinderbetreuung sprechen. So verstehe ich Frauenpolitik nicht, Frau van Dinter.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ist noch lange nicht gewährleistet. Das zeigen auch deutlich die Diskussionen, die wir zu Beginn des neuen Jahrtausends geführt haben, als die Rede vom Jahrhundert der Frauen war. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" redete sogar davon, die Herren der Schöpfung hätten "Mühe, mit den davoneilenden Frauen überhaupt noch Schritt zu halten". Ganz so stellt sich die Lage allerdings nicht dar.

Zwar wurden in Nordrhein-Westfalen inzwischen bereits gute rechtliche und infrastrukturelle Voraussetzungen für eine effektive Politik der Chancengleichheit von Frauen und Männern geschaffen. Die Querschnittsaufgabe Frauenpolitik hat darüber hinaus die einzelnen Fachpolitiken mitgeprägt. Dies können wir mit Sicherheit gerade für Nordrhein-Westfalen sagen. Dennoch: Chancengleichheit wird auch künftig kein Selbstläufer sein.

Gerade in Zeiten beschleunigter gesellschaftlicher Entwicklungen müssen wir auch in der Frauenpolitik über neue Instrumente nachdenken, wenn wir im Hinblick auf Veränderungen nicht nur reagieren wollen, sondern diese auch als Motor für Entwicklung und Innovation sozusagen in der ersten Reihe aktiv mitgestalten wollen.

(C)

Im Mittelpunkt der Überlegungen steht für mich dabei das Prinzip des Gender-Mainstreaming. Indem nämlich die Frage der Auswirkungen auf Frauen und Männer von Beginn an in alle Entscheidungsprozesse einbezogen wird, können diese gleichstellungspolitisch optimal nutzbar gemacht werden. Nicht nur das: Die Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Lebenslagen der Zielgruppen führt schließlich auch zu weiteren Effektivierungen der Fachpolitiken.

In diesem Sinne haben wir in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel mit dem Aktionsprogramm "Frau und Beruf" im Bereich der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturprogramme ausgesprochen gute Erfahrungen gemacht. Auch das Landesgleichstellungsgesetz, das alle Dienststellen in die Verantwortung nimmt, knüpft an diesem Grundsatz an.

Zahlreiche weitere Maßnahmen auch der anderen Ressorts sind mittlerweile ebenfalls auf die Lebenssituationen von Frauen und Männern ausgerichtet, sodass wir insofern nicht bei null anfangen.

(D)

Bei der Erwerbstätigkeit und bei den beruflichen Chancen von Frauen wollen wir vor allem den boomenden Arbeitsmarkt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien mit seinem enormen Entwicklungspotenzial für Frauen erschließen. Hier setzen wir alles daran, dass Frauen jetzt den Fuß in die Tür bekommen. Da der frühzeitige Erwerb von Medienkompetenz dabei sozusagen die Eintrittskarte ist, geht die Linie I auch in diesem Jahr wieder im ländlichen Raum auf Tour. Die vom Frauenausschuss empfohlene Aufstockung der Mittel für das mobile Internetcafé erlaubt eine höhere Einsatzfrequenz und damit eine Annäherung des Angebots an die bislang nicht zu deckende riesige Nachfrage.

Wir wollen aber auch erreichen, dass in den Betrieben mehr für Frauen getan wird, z. B. durch Werbung anhand von Best-Practice-Beispielen, durch die Unterstützung einzelbetrieblicher Ansätze für Chancengleichheit oder auch auf neuen

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Wegen wie bei dem Mentoring-Projekt "Personal Partnership". All dies geschieht unter dem Dach der erfolgreichen Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf".

Einen herausragenden Part bei der Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen erhält selbstverständlich das dichte Netz der 46 Regionalstellen "Frau und Beruf".

Im Bereich der frauenpolitischen Infrastruktur sind angesichts des Umfangs und der Qualität der vorhandenen Struktur noch einzelne Lücken zu schließen. Deshalb heißt für uns die Devise vor allem: Erreichtes sichern und bei Bedarf weiter ausbauen, aber auch die Kooperation stärken, um die Effizienz weiter zu erhöhen.

Zur Effizienz gehört auch die Vernetzung via Internet. Frau Capune-Kitka, wenn Sie sagen, Vernetzung via Internet bedeutet, dass Gesprächskreise entwickelt werden, und das Geld sollte lieber bei den Frauen direkt landen, muss ich sagen, dann könnte man alle Infrastrukturen auflösen und den Frauen direkt das Geld geben. Nur fänden diese dann keine Infrastrukturen vor, wo sie Hilfe, Unterstützung und Rat erhalten könnten.

- (B) Ich glaube, dass gerade die Vernetzung via Internet vielfältige Möglichkeiten enthält, Informationen schnell und breit nutzbar zu machen und vor allem auch um überregionale Netze aufzubauen. Die zentrale Internetplattform "Frauen NRW" für die kommunalen Gleichstellungsstellen und die landesgeförderten frauenpolitischen Einrichtungen sind dafür beste Beispiele, auch das virtuelle Unternehmerinnenforum "u-netz.de". Dies ist ein Netz für Gründerinnen und Unternehmerinnen. Ein ebenso wichtiger Beitrag ist der Expertinnenpool der Agentur KiM - Kompetenz im Management.

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist nicht unbedingt immer ein schlagzeilenträchtiges Thema. Tatsächlich hat es aber auch heute nach wie vor nicht an Aktualität eingebüßt. Die Bekämpfung der Gewalt und der Erhalt unserer bundesweit vorbildlichen Infrastruktur zum Schutz und zur Hilfe für die Opfer bleibt deshalb auch ein zentraler Arbeitsschwerpunkt meines Hauses.

Mit der Weiterförderung der 63 landesgeförderten Frauenhäuser bleibt die flächendeckende Grundversorgung gewährleistet. Die vorgesehene Mittelaufstockung bei den Frauenberatungsstellen

erlaubt die Aufnahme von zwei weiteren Einrichtungen in die Landesförderung für die kommenden acht Monate in diesem Jahr. Die bisher geförderten drei Zufluchtsstätten für sexuell missbrauchte Mädchen in Bielefeld, Düsseldorf und Duisburg werden weiterhin unterstützt.

Frau Capune-Kitka, Sie unterliegen einem Irrtum, wenn Sie glauben, es handele sich bei diesem Haushaltstitel um Beratungen für sexuell missbrauchte Kinder. Es geht tatsächlich um Mädchenhäuser. Es geht ausschließlich darum, dass mit diesem Titel Mädchenhäuser gefördert werden können. Frau Kollegin Hürten hat gerade schon dargestellt, dass ein weiterer Antrag auf ein Mädchenhaus überhaupt nicht vorliegt. Es gab in der Vergangenheit einen Antrag, der sich aber nicht hat realisieren lassen. Von daher muss man keine Mittel in den Haushalt einstellen, die sich überhaupt nicht in irgendein Projekt umsetzen lassen.

Die 47 Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt, die 9 spezialisierten Beratungsstellen sowie die Unterbringung von Menschenhandelsopfern sind ebenfalls wichtige Einrichtungen im Rahmen der Infrastruktur zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Der Frauenausschuss hat für spezialisierte Beratungsstellen eine Aufstockung von 145.000 DM empfohlen, um weiterhin auch bedarfsgerecht Honorarmittel zahlen zu können.

Ausdrücklich begrüße ich den Entwurf der Bundesregierung für ein Gewaltschutzgesetz, mit dem die Wohnungszuweisungen für betroffene Frauen und Kinder erleichtert werden. Diesen Gesetzentwurf hat die Landesregierung im Bundesrat unterstützt. Der zivilrechtliche Schutz muss allerdings landesrechtlich durch Regelungen des Polizeigesetzes ergänzt werden. Der Innenminister hat bereits zugesagt, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Flankierend zu den gesetzlichen Änderungen wollen wir ein Konzept zur Hilfe vor Ort entwickeln. Einbezogen werden der vorhandene Sachverstand und die vorhandene frauenpolitische Infrastruktur. Mit der vom Frauenausschuss empfohlenen Erhöhung in diesen Bereichen können die notwendigen Vernetzungen eindeutig verbessert werden.

Im Bereich der Prävention setzen wir auch weiterhin auf das Erfolgsprogramm Selbstbehauptung

(C)

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) und Konflikttraining für Mädchen und Jungen an Schulen.

Mit dem vorliegenden Etatentwurf 2001 wird deutlich gezeigt, dass wir hiermit die finanziellen Voraussetzungen geschaffen haben, um frauenpolitische Ziele konsequent Schritt für Schritt auch umzusetzen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Frau Ministerin Fischer. - Das war der Bereich a) Frauen. Jetzt gehen wir über zum zweiten Bereich

b) Jugend und Familie

Zunächst hat der Kollege Mahlberg für die CDU-Fraktion das Wort.

Thomas Mahlberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man soll ja vonseiten der Opposition in einer Haushaltsberatung nicht nur etwas Negatives sagen. Es gibt durchaus Dinge, die man sowieso gemeinsam in Angriff nimmt und bei denen es auch Übereinstimmung gibt.

- (B) Eine solche Übereinstimmung - das hat auch die letzte Ausschusssitzung gezeigt - haben wir offensichtlich im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung. Das ist die Titelgruppe 68. Da haben beide großen Parteien gemeinsam gesagt: Wir brauchen mehr Geld. Wir brauchen etwa 2 Millionen DM. Folglich haben wir hier auch gemeinsam einen Erhöhungsantrag beschlossen. Und wir sind uns dessen, glaube ich, auch gemeinsam bewusst, dass Überschuldung ein großes Problem in unserem Land ist - und ein zunehmendes Problem vor allen Dingen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das kann man bei dem Finanzminister nicht anders erwarten!)

Meine Damen und meine Herren, gestern Abend dauerte die Sitzung ja sehr lange. Das war für mich ein interessanter Eindruck: Hier drin war Leben. Hier hat sich etwas bewegt. Hier gab es politische Diskussionen. Draußen war im Grunde gar nichts mehr.

Ich fand das ein bisschen symptomatisch für das, was in der Welt draußen und was im Jugendmini-

sterium passiert. Hier wird nämlich etwas gemacht - im Grunde losgelöst von dem, was im Rest dieses Landes passiert. Hier werden Sachen auf den Weg gebracht, die so von den Leuten überhaupt nicht verarbeitet werden können. Und hier wird vor allen Dingen am Bedarf vorbeigeplant.

Ich war am letzten Montag bei einer Veranstaltung der ÖTV in Duisburg - jetzt ver.di, aber damals noch ÖTV. Dort waren etwa 200 Erzieherinnen zu Gast. Ich will Ihnen einmal sagen, was die als Kernaussagen auf den Weg gebracht haben. Ich glaube, die ÖTV gerät nicht in Verdacht, unbedingt eine Anschlussorganisation der CDU zu sein. Der Kollege Bischoff lacht. Wir waren nämlich gemeinsam da.

Die haben im Kern gesagt - das ist in der Presse auch nachzulesen -: Eltern betrachten die Kindertageseinrichtungen nicht mehr als familienergänzend, sondern als familienersetzend. Aufgrund von familienbedingten Problemen, wie Scheidungen, Arbeitslosigkeit etc., fühlen sich Kinder vernachlässigt und würden kaum noch Grenzen und Normen kennen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, meine ich - vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Diskussion auch um Kriminalitätsfragen. Wir haben ja gerade den entsprechenden Kriminalitätsbericht zur Kenntnis genommen bzw. werden ihn noch beraten. Und in diesem Bericht wird festgestellt, dass gerade junge Menschen doch sehr unangenehm betroffen sind.

Der dritte sehr wichtige Punkt, wie ich meine: Extrem schwierig ist die Verständigung mit den Kindern, wenn in einer Gruppe von 25 Kindern - das ist sicherlich auch ein spezifisches Problem im Ruhrgebiet - nur 5 Deutsch sprechen. Das müssen wir sehr ernst nehmen. Da müssen bei uns alle Alarmglocken angehen, wenn die Leute vor Ort, die mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten, zu solchen übereinstimmenden Bewertungen kommen.

Jetzt frage ich Sie: Was macht die Landesregierung daraus? Die Landesregierung kürzt mittelfristig die Investitionskosten und ersetzt sie durch Investorenmodelle im Kindergartenbereich, obwohl wir genau wissen, dass wir zwar den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt haben, aber punktuell noch Einrichtungen brauchen und es möglicherweise auch kostengün-

(C)

(D)

(Thomas Mahlberg [CDU])

(A) stiger ist, das durch die Förderung von Investitionen zu machen.

Betrachtet man den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wirklich als realisiert, verhindert jetzt die Landesregierung - wir haben das mehrfach auch in den Ausschüssen diskutiert -, dass die frei werdenden Kapazitäten, die wir haben, gerade in den Kommunen für andere dringend benötigte Sachen eingesetzt werden, nämlich an erster Stelle für Hortplätze.

Sie nimmt als Konsequenz in Kauf, dass gerade Erzieherinnen im Kindergartenbereich für die pädagogische Arbeit folglich verloren gehen. Und sie lässt last but not least die Kommunen mit der Betreuungsfrage der bis 6-Jährigen - eine Gruppe, der wir uns in der Frage der Ganztagsbetreuung intensiv annehmen müssen - sträflich alleine.

Stattdessen werden neue Projekte auf den Weg gebracht. Ich nenne hier einmal stellvertretend für viele Projekte - der Dschungel an Projekten, die auf den Weg gebracht wurden, ist ja beinahe undurchschaubar geworden - das SiT-Programm, von dem viele kommunale Mitarbeiter behaupten, dass bei diesem SiT-Programm ein Buchstabe fehle, nämlich das H; für einige ist es nämlich gar nicht umsetzbar.

(B) In dem Haushalt, den Sie aufstellen, erhöhen Sie diese Position, bei der es um SiT geht, noch einmal um einige Millionen DM, wohl wissend, dass bereits im letzten Haushaltsjahr dieser Haushaltstitel nicht voll angenommen worden ist. Ich glaube, wir haben eine Auslastung von etwa 50 % gehabt; nur 50 % der Mittel sind abgerufen worden. Die Akzeptanz ist also gar nicht da.

Warum ist sie nicht da? - Weil die Leute vor Ort genau wissen, dass wir ein differenziertes Angebot und Kooperationen brauchen. Wir brauchen sicherlich ähnliche Programme, bei denen es nur um kurzweilige Verwahrung geht, aber wir brauchen auch Programme mit einem pädagogischen Ansatz. Ich meine, hier ist der Hort eine ganz wichtige Institution.

Da ich schon mehrere Jahre in diesem Bereich tätig bin, komme ich zu der Erkenntnis, dass es Ihnen in der Landesregierung vor allem um eines geht - das hat gestern Ministerpräsident Clement wieder sehr deutlich gemacht -: Ihnen geht es vor allen Dingen um eine PR-Aktion.

Bereits in der Regierungserklärung im letzten Jahr haben Sie davon gesprochen, dass für 50 Millionen DM 200.000 neue Betreuungsplätze geschaffen würden. Der Kollege Rüttgers hat meiner Meinung nach dazu einiges zutreffend gesagt. Jeder, der sich mit dieser Arbeit beschäftigt, muss sich doch überlegen, was er mit diesen 50 Millionen DM machen will. Im Grunde genommen hat man nämlich kein Geld, um eine pädagogische Arbeit zu leisten.

Mit anderen Worten: Sie interessieren sich eigentlich gar nicht dafür, was Kinder wirklich brauchen. Sie interessieren sich auch nicht dafür, was die Erziehungskompetenz der Eltern angeht und was die Kommunen leisten können, sollen und müssen. Sie wollen sich nur von Kosten entlasten - notfalls auf Kosten der Pädagogik und vor allem auf Kosten der Kommunen.

In diesem Bereich könnte man im Übrigen - das ist aber Sache der Schule - die Frage der "Verlässlichen Grundschule" diskutieren. Wir sprechen über die Vernetzung von Jugendhilfe und Schule. Meine Erfahrung ist vor allen Dingen, dass hier 630-DM-Kräfte dazu benutzt worden sind, um die eine oder andere fehlende Lehrerstelle zu kaschieren.

Ich darf noch einmal an Sie appellieren, weil wir gleich über Anträge abstimmen werden:

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Hilft doch nichts!)

Wir brauchen - wie ich meine - den Betreuungsmix, wir brauchen Horte genauso wie preiswertere Einrichtungen, wir brauchen schnell den Spracherwerb bei Migrantenkindern, und wir brauchen Kommunen, die vom Land nicht vor unlösbare finanzielle Aufgaben gestellt werden. Deshalb darf ich Sie noch einmal herzlich bitten, unsere Anträge, die wir Ihnen hier in der zweiten Lesung zur Frage der Hortbetreuung und zur Frage des Spracherwerbs vorgelegt haben, noch einmal zu überdenken und mit uns gemeinsam zu verabschieden.

Im Übrigen - das darf ich an dieser Stelle auch erwähnen - war ich etwas entsetzt über die Beantwortung unserer Kleinen Anfragen, die wir in der jüngsten Vergangenheit auf den Weg gebracht haben. Sie haben gesagt, Sie seien sich darüber noch nicht im Klaren, ob Sie die von Ih-

(C)

(D)

(Thomas Mahlberg [CDU])

- (A) nen gesteckten Einsparziele mit der Novellierung des GTK erreichen würden.

Ich habe dazu aus anderen Quellen etwas anderes gehört. Ich hoffe, dass Sie in der Beantwortung der Kleinen Anfrage wirklich ehrlich waren; ich glaube nämlich, dass das von großer Haushaltsrelevanz ist. Ich werde es jedenfalls nicht so hinnehmen. Wir werden die von uns gestellten Anfragen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie setzen.

Des Weiteren glaube ich, dass Jugendhilfe und Schule stärker vernetzt werden müssen; das ist aber ein anderes Thema. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass dies in einem Ministerium, also in einer Hand liegen müsste. Wir müssen ein neues Modell - ausgehend von Ganztagsangeboten - entwickeln, und da muss sich die Jugendhilfe fragen, was sie als ergänzendes Angebot leistet.

Ich will auch noch ganz kurz den Landesjugendplan ansprechen. Hierzu haben Sie noch nicht die Karten auf den Tisch gelegt. Es laufen noch Gespräche mit den entsprechenden Verbänden. Sie haben sich auf die Fahnen geschrieben, dass Sie vor allen Dingen im Bereich des Landesjugendplanes weniger Bürokratie erreichen wollen.

- (B) Nach dem, was ich aus den bisher geführten Gesprächen gehört habe, habe ich eher das Gefühl, dass es genau in die andere Richtung gehen wird: dass es mehr Bürokratie geben wird, es für die Verbände schwieriger werden wird und dass Sie die Verbände an die lange Leine legen werden. Wir müssen aber abwarten; Sie werden dazu sicherlich etwas in einer der nächsten Sitzungen sagen.

Was mich persönlich sehr stört - da möchte ich aus meinem Herzen auch keine Mördergrube machen -, ist das Wort "Projekt". Dieses Wort würde ich schon in diesem frühen Stadium des Jahres zum Unwort des Jahres vorschlagen. Denn immer dann, wenn nichts mehr geht oder wenn man keine flächendeckende Versorgung leisten kann, dann sagen Sie: Wir machen ein Projekt. Damit reagieren wir auf unsere gesellschaftlichen Prozesse.

Statt wirklich auf gesellschaftliche Prozesse zu reagieren, initiieren Sie ein Projekt, das immer nur einige Wenige in Anspruch nehmen können. Dieses Projekt wird dann auf drei Jahre befristet, und

nach Ablauf des Projekts werden die Ergebnisse weitere drei Jahre ausgewertet; in der Regel werden die Ergebnisse positiv bewertet. Danach verschwindet alles in der Schublade, weil für die Finanzierung in der Fläche kein Geld vorhanden ist. (C)

(Regina van Dinther [CDU]: So ist das!)

Zurück bleiben die Kommunen, bei denen große Erwartungen geweckt worden sind, die aber letztendlich nicht erfüllt werden können.

Ich fasse noch einmal zusammen: Eigentlich, Frau Fischer und liebe Regierungskoalition, gibt es bei Ihnen in der Jugend- und Familienpolitik kein Konzept.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Das sieht man vor allen Dingen in der Diskussion mit den Betroffenen vor Ort. Da sehen Sie sehr alt aus. Insbesondere das Verhalten der Regierung gegenüber den Beschäftigten in Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen halte ich persönlich für ausgesprochen unfair und unsozial.

(Beifall bei der CDU)

Dafür - ich erlebe ja selber, welch schwierigen Stand SPD- und Grünen-Politiker in Diskussionen haben - werden Sie über kurz oder lang die Quittung bekommen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Mahlberg. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Flessenkemper das Wort.

Bernd Flessenkemper (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Der Weg in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts ist von schnellen Veränderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt, und mit ihnen ändert sich auch die Situation von Familien, Jugendlichen und Kindern und damit auch die Herausforderung an eine Politik, die dem sozialen Zusammenhalt verpflichtet ist.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen, dass möglichst alle Menschen ihren Lebensentwurf in einer solidarischen Gesellschaft entwickeln und verwirklichen können. Dazu ge-

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) hört, dass Kinder gleiche Chancen erhalten, ihren Weg ins Leben zu finden, dazu gehört, dass junge Menschen dabei gefördert und begleitet werden, ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen, und dazu gehört, dass Familien die Unterstützung und die Rahmenbedingungen erhalten, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb konsequent für Familien ein. So stellt das Land mit dem Einzelplan 11, über den wir hier diskutieren, für direkte und indirekte familienpolitische Leistungen jährlich rund 2,5 Milliarden DM zur Verfügung: für Erziehungs- und Betreuungsangebote für Kinder, für die Sicherung einer dichten Infrastruktur aus Angeboten der Familienbildung, -beratung und -hilfe sowie für Kinder- und Jugendmaßnahmen und -einrichtungen.

Nordrhein-Westfalen verfügt dank dieser Leistungen, gewachsen in den letzten Jahren, über eine vorbildliche Kindergartenlandschaft. Mit fast 550.000 Kindergartenplätzen haben wir den Rechtsanspruch erfüllt. Wir fördern - insofern war Ihre Aussage nicht richtig - darüber hinaus investiv weitere 1.800 bzw. 1.600 Neuplätze auch in diesem Jahr, insbesondere in Neubaugebieten bzw. zum Ausgleich regionaler Disparitäten.

- (B) Vom Vorredner ist hier sehr pauschal gesagt worden, wir hätten kein überzeugendes Konzept. Damit komme ich zur Ganztagsbetreuung. Man kann so etwas relativ schnell behaupten; aber was hier immer zur Unterlegung der Behauptung argumentiert wird, ist schlichtweg falsch. Falsch ist, dass das Land die Kommunen alleine lässt; denn beispielsweise die Quote, die wir zur Umwandlung bereitgestellt haben, ist im vorigen Jahr nicht einmal ausgeschöpft worden. Das können Sie bei den Landesjugendämtern nachfragen; das ist im Grunde relativ leicht zu eruieren.

Falsch ist auch, wenn Sie behaupten, das, was wir tun, hätte keinen konzeptionellen Hintergrund. Falsch ist ebenso Ihre Behauptung, dass wir dieser Situation mit einem verstärktem Hortangebot gerecht werden könnten. Dass es nicht so ist, kann man relativ leicht deutlich machen. Jeder Hortplatz, den wir - unterstellen wir das einfach einmal - heute beschließen würden, würde nach Planung und Bauphase realistisch fröheinstens in zwei bis drei Jahren zur Verfügung stehen. Das hilft überhaupt nicht den Eltern, den Familien, den Müttern, die heute oder möglichst

rasch einen Betreuungsplatz brauchen, und es würde auch nicht vor dem Hintergrund passen, dass wir alle, die wir uns mit diesem Thema intensiv auseinandersetzen, wissen, dass in zwei bis drei Jahren der Stand der demographischen Entwicklung so aussehen wird, dass wir darüber diskutieren werden müssen, wie wir die frei werdenden Plätze in den Kindergärten belegen können.

Es ist leicht, hier mit großen Worten alternative Konzepte zu fordern. Tatsache ist, dass von Ihnen zu dem flexiblen Angebot im Ganztagsbereich bisher überhaupt kein Ansatz geliefert worden ist,

(Regina van Dinther [CDU]: Sie haben etliche Anträge von uns abgelehnt, Herr Flessenkemper!)

nicht ein Ansatz, bis auf die Tatsache, dass Sie im Hortbereich mehr Mittel fordern.

Wenn man Sie einmal nicht an Ihren Worten, sondern an Ihren Taten messen will, dann muss man schlicht daran erinnern: Da, wo Sie die Verantwortung tragen, ist die Situation mit der in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht vergleichbar. In Bayern beispielsweise stehen über 180.000 Kindergartenplätze weniger zur Verfügung. Im Hortbereich gibt es in Bayern etwa 27.000 bis 28.000 Plätze. Wir reden hier über 45.000 Plätze. Das heißt, dort, wo Sie die politischen Möglichkeiten haben, beispielsweise Alternativen zu entwickeln, sind Sie nicht in der Lage, überhaupt etwas zu präsentieren.

Wir in Nordrhein-Westfalen dagegen werden in den nächsten Jahren, aufbauend auf eine fast 100%ige Kindergartenversorgung, etwa 200.000 zusätzliche Plätze für schulpflichtige Kinder schaffen. Wir wollen dabei alle Ressourcen - im Kindergarten, in Jugendeinrichtungen, in der Schule oder in sonstigen Einrichtungen - nutzen, damit wir - denn das hilft den Eltern - kurzfristig bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung stellen können.

Wir schaffen darüber hinaus Ganztagsplätze durch die Umwandlung bzw. Umwidmung von Kindergartenplätzen. Wenn Sie sich den Haushalt bzw. unsere Anträge anschauen, werden Sie feststellen, dass wir im Betriebskostenbereich wiederum eine Erhöhung dafür vorsehen, und zwar mit 2,5 Millionen DM allein in der Titelgruppe 80, dass wir auch im Bereich der SiT-Angebote die

(C)

(D)

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) Mittel erhöhen, nämlich auf 12,5 Millionen DM in der Titelgruppe 81, und dass wir weiterhin die Kooperation von Jugendhilfe und Schule über die Titelgruppe 61 mit 8,5 Millionen DM fördern. Hinzu rechnen müssen Sie - das ist gestern dargestellt worden - die Mittel, die im Schulbereich zur Verfügung gestellt werden.

Bei den Hilfen für Familien wollen wir - das ist gesagt worden - auch die Insolvenzberatung ausbauen. Sie bietet den Familien die Chance - das will ich ausdrücklich unterstreichen -, aus der Schuldenfalle herauszukommen. Hier werden wir den Etatansatz von 8,8 Millionen DM um 1,9 Millionen DM auf insgesamt 10,7 Millionen DM aufstocken.

Es muss aber - das ist unsere Überzeugung - in Zukunft stärker darauf ankommen, eine aktivierende, die Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen zur Selbsthilfe stärkende Politik auszubauen, d. h., vorhandene Ressourcen zusammenzuführen und deren Angebote für die Betroffenen transparent zu machen. Das wollen wir erreichen, indem wir in diesem Jahr die Voraussetzungen für das soziale Frühwarnsystem und damit auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Nöte und Probleme von Kindern und Jugendlichen früher als bisher aufgegriffen werden können.

- (B) Das Wissen dafür ist vorhanden: bei den Erziehern und Erzieherinnen, bei den Lehrern und Lehrerinnen, bei den Jugend- und Sozialarbeitern und -sozialarbeiterinnen, in den Schulen, in den Jugendeinrichtungen, in den Beratungseinrichtungen und in den Vereinen. Es kommt darauf an, die unterschiedlichen Ressourcen vor Ort zusammenzubinden und die verschiedenen Beteiligten mit ihren individuellen Kenntnissen und Erfahrungen miteinander zu verknüpfen, damit wir diese Ressourcen früh nutzen können und Hilfe zur Selbsthilfe bieten können. Hierfür steht in diesem Jahr 1 Million DM zur Verfügung.

Mit jährlich rund 200 Millionen DM schafft der Landesjugendplan die Grundlage für ein landesweites vielfältiges Netz an Angeboten für junge Menschen. Mit dem Programm "Zukunft für die Jugend - Bildung und Ausbildung" haben wir bereits in den vergangenen beiden Jahren zusätzliche Schwerpunkte in der Jugendhilfe gesetzt, beispielsweise zugunsten von Maßnahmen für schulmüde Jugendliche. Ihnen soll in einer sehr schwierigen Lebensphase, nämlich im Übergang

von der Schule in den Beruf, die Möglichkeit gegeben werden, selbst Konfliktlösungskompetenz zu entwickeln und diese Situation zu überwinden. (C)

Diese Angebote für Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf sollen mit weiteren 1,5 Millionen DM im Untertitel 13 des Landesjugendplans ausgebaut werden. Ziel ist, dass Jugendliche, insbesondere Mädchen, befähigt werden, die vorhandenen Unterstützungsmaßnahmen zur Herstellung der Berufs- bzw. Ausbildungsfähigkeit zu nutzen.

Die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit ist im Landesjugendplan schon seit einigen Jahren vorgesehen, und zwar in den unterschiedlichsten Formen. Wir wollen in diesem Jahr, also im Jahr der Freiwilligenarbeit, einen zusätzlichen Akzent setzen. Mit einer Aufstockung von 3 Millionen DM für ehrenamtliche Arbeit in einem neuen Untertitel 26 des Landesjugendplans wollen wir junge Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, fördern. Wir stellen uns vor, das insbesondere an folgenden Zielen zu orientieren: junge Menschen für das Ehrenamt gewinnen; diejenigen, die ehrenamtlich tätig sind, qualifizieren; die öffentliche Auslobung von bürgerschaftlichem Engagement voranbringen und die ehrenamtlich Tätigen, die Kinder und Jugendliche in Risiko- und Gefährdungssituationen begleiten, besonders unterstützen. (D)

Wir wissen: Die unmittelbare Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stützt sie in ihrer natürlichen Rolle der Politikbegleitung und setzt damit eine entsprechende und entscheidende Ressource für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft frei. Deshalb wollen wir aus diesem Titel auch die Partizipation junger Menschen verstärkt fördern. Wir wollen sie ermutigen, ihre Erwartungen und Ideen für die Zukunft zu formulieren. Wir wollen sie motivieren, diese in den unterschiedlichsten parlamentsnahen oder auch -fernen Formen demokratischer Beteiligung einzubringen, insbesondere unter Nutzung neuer Medien.

Naturgemäß, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wird hier bei den jährlichen Haushaltsberatungen der Blick auf Veränderungen, auf die Verlagerung von Mitteln, auf zu verstärkende Schwerpunkte gelenkt. Für uns jedoch bleibt wichtig festzuhalten, dass die verlässliche Förderung der Jugendverbände, der offenen und der teiloffenen Einrichtungen, der Jugendsozial- und auch der Jugend-

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) kulturalarbeit in Nordrhein-Westfalen hohe Priorität hat. Dies haben wir in den letzten Jahren und auch in diesem Jahr immer wieder bewiesen. Wir wissen, dass Jugendliche, die sich frühzeitig engagieren, ihr Bewusstsein für soziale Belange schärfen und damit auch auf Dauer bereit sind, sich zu engagieren und soziale Verantwortung zu übernehmen.

Die aktuelle Diskussion um den richtigen Weg in die neue Wissensgesellschaft muss auch Antworten darauf geben, wie bei fast ausschließlicher Fokussierung auf Leistung und Erfolg die Chancengleichheit gewahrt bleibt. Uns ist es wichtig, die Chancengleichheit in der Solidargemeinschaft zu bewahren. Das ist nicht nur ein wichtiges Prinzip, sondern es wird auch durch die vielfältigen Leistungen und Unterstützungen im Bereich der nordrhein-westfälischen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auf der Grundlage des Einzelplans 11 ausgedrückt. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserer Vorlage.
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Flessenkemper. - Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war einmal ... Es war einmal, und es ist wenige Wochen her, da haben wir hier im Landtag über die Kinderrechte gesprochen. Die sollten in der Verfassung konstitutionell gesichert werden. Können Sie sich noch erinnern? - Ich glaube, nein. Zumindest kann man in den Haushaltsberatungen, die wir bisher geführt haben, nicht viel von dem Willen erkennen, diese Kinderrechte auch wirklich mit Leben zu füllen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Von den hehren Ankündigungen, die wir gehört haben und die wir alle hier im Haus unterstützen - damit da kein Missverständnis aufkommt, betone ich: die wir hier alle unterstützen -, ist sehr wenig übrig geblieben.

Ich will die Haushaltsberatungen und die politischen Realitäten, die wir hier beraten, dazu benutzen, einen kleinen Elchtest mit Ihnen zu ma-

chen. Die Ministerin hatte in ihren Ausführungen zur Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung seinerzeit ausgeführt - ich zitiere -:

"Einerseits müssen Eltern ihrem Erziehungsauftrag nachkommen können. Andererseits muss auch die Gesellschaft Mitverantwortung für Kinder übernehmen. Erziehung findet nicht nur im Elternhaus statt, sondern mitten in unserer Gesellschaft."

Frau Fischer weiter - sie sprach von Beeinträchtigungen -:

"Sie zeigen sich z. B. in der wachsenden Armut von Kindern, in der Gewalt gegen Kinder, in ihrem sexuellen Missbrauch oder in ihrer Vernachlässigung."

Seinerzeit, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, hatten wir Ihnen unsere volle Unterstützung für den Fall angeboten, dass es eine Schwerpunktverschiebung hin zum Wohl und zur Sicherung der Rechte von Kindern geben würde. Die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung muss schließlich konkrete Auswirkungen haben. Sonst bleibt es bei der von uns seinerzeit befürchteten Verfassungsfolklore.

Ich will diesen Elchtest nun mit drei Schikanen fahren. Bei der ersten Schikane geht es um den sexuellen Missbrauch, den Sie angesprochen haben, Frau Ministerin. Die Kinder selbst haben da eine klare Auffassung. Bei der deutschen Kinderrechtswahl zum 10. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention haben sich seinerzeit 43 % der Kinder für die gewaltfreie Erziehung bzw. für den Schutz vor Missbrauch als wichtigstes Kinderrecht ausgesprochen. (D)

Wenn ich sehe, wie Sie, meine Damen und Herren, auf den Antrag reagiert haben, den wir im Ausschuss gestellt haben, nämlich die Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben für die Zufluchtsstätten für sexuell missbrauchte Kinder und Jugendliche zu erhöhen - die Regierungskoalition hat unseren Antrag abgelehnt -, dann muss ich feststellen: Die erste Schikane haben Sie nicht erfolgreich genommen. Wir haben das eben schon diskutiert.

Das Ganze macht betroffen, wenn man sieht, dass man an einer anderen Stelle ungeniert die Kosten für Drucklegung und Veröffentlichung um einen höheren Betrag aufstockt, als wir ihn für diesen Bereich gefordert haben. Allerdings woll-

(Christian Lindner [F.D.P.]

(A) ten wir ihn konkret in die Personal- und Sachausstattung vor Ort investieren.

(Helga Gießelmann [SPD]: Haben Sie sich die Drucksache mal angesehen?)

235.000 DM für Drucklegung und Veröffentlichung gegenüber 200.000 DM, die wir für Kinder einsetzen wollten. Keine Chance!

Frau Löhrmann, wenn ich alle drei Schikanen beschrieben habe, ist vielleicht nicht mehr viel Fragebedarf vorhanden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie unterschätzen mich, Herr Kollege!)

- Ich unterschätze Sie nicht! Sie werden häufig überschätzt, glaube ich.

Zweiter Prüfstein: wachsende Armut. Wo liegen die Gründe dafür, dass in einem der reichsten Länder der Welt, in Deutschland, immer mehr Kinder - da sind wir uns völlig einig; die Zahlen sprechen für sich - in Armut leben? Ich glaube, es gibt für uns in der Politik zwei Ansätze, dem zu begegnen.

Erstens: der Familienleistungsausgleich, das System der sozialen Sicherung bzw. die Transfer-systeme. Das ist in erster Linie natürlich eine bundespolitische Aufgabe.

(B)

Zweitens. Die Betreuung von Kindern und Schulkindern ist der Schwurpunkt, an dem es eine Möglichkeit gibt, der Armut von Kindern entgegenzuwirken, indem man die Chance auf Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben verbessert.

Das ist ein ganz entscheidender Faktor, um der Armut von Kindern entgegenzuwirken. Das haben Sie auch erkannt - auf dem Papier.

Herr Ministerpräsident Clement hat im Rahmen seiner Regierungserklärung Folgendes ausgesagt:

"Das gesamte Betreuungsangebot für Schulkinder muss zu einem flexiblen, für Eltern verlässlichen, transparenten und bedarfsgerechten Angebot weiterentwickelt werden."

Es ist also bisher nicht weiterentwickelt worden.

Zum Thema Bedarfsgerechtigkeit. Wie ist denn der Bedarf? 716.000 Frauen mit mindestens einem Kind im Alter zwischen sechs und unter 15 Jahren leben in Nordrhein-Westfalen. Ich rede jetzt noch nicht von den Kindern unter drei Jahren oder von den Kindern im Kindergartenalter.

193.000 von diesen genannten Frauen sind voll erwerbstätig. Dafür gibt es 42.000 Hortplätze. Die Zahlen sprechen für sich. Sie haben angekündigt, mit 50 Millionen DM 200.000 Plätze schaffen zu wollen.

(C)

Wir haben vor einiger Zeit an anderer Stelle im Rahmen der Behandlung eines Antrags der CDU-Fraktion festgestellt, dass das bei diesen Haushaltsgrößenordnungen nicht funktionieren wird. Der Herr Ministerpräsident hat aber selbst den Weg gewiesen, wie es funktionieren kann. Er hat nämlich gesagt:

"Dabei werden wir um so erfolgreicher sein, je angemessener die Vorgaben für die Betreuungsplätze sind."

Aha! Es geht also anscheinend um einen Abbau der qualitativen Standards; denn sonst ist das nicht zu realisieren. Da liegt der Hase im Pfeffer.

Geplant ist eben nicht, den Kindern Anstöße zu geben und qualifiziert erzieherisch die Betreuung sicherzustellen. Es geht um Billigbetreuung und Verwahranstalten.

Frau Ministerin, die Ausführungen von Frau van Dinther halte ich in diesem Zusammenhang übrigens für recht erhellend. Auch Herr Kollege Mahlberg hat sich meines Erachtens sehr treffend dazu eingelassen.

(D)

Meine Damen und Herren, die Zuweisungen an Gemeinden zu den Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder sind im ersten Sprung um 25 Millionen DM erhöht worden. In den Haushaltsberatungen haben Sie noch eine Schuppe draufgelegt: 2,5 Millionen DM. Respekt! Da haben Sie den Haushalt regelrecht umgekrempelt.

(Heiterkeit des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

Die Schwerpunkte haben Sie massiv verschoben. Mein lieber Scholli! Bullige 1,5 % mehr gegenüber dem Ansatz aus dem vergangenen Haushaltsjahr und dann noch einmal eine Steigerung von 0,15 % gegenüber dem Entwurf. Hoffentlich übernehmen Sie sich nicht bei so viel Courage!

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es handelt sich aber nur um Betriebskosten und um keine Investitionen, zumindest nicht in der Größenordnung, die wir für richtig halten. Sie wissen, dass es im Kin-

(Christian Lindner [F.D.P.]

- (A) dergartenbereich immer noch einen massiven Bedarf gibt, zum Beispiel in Neubaugebieten, aber auch hinsichtlich des GTK und hinsichtlich der in diesem Zusammenhang erfolgten Erprobungsmaßnahmen.

Stichwort: Kostenneutralität. Wo gibt es denn innovative Maßnahmen, eine Weiterentwicklung des Angebots, hin zum so genannten Kinderhaus, von dem man regelmäßig in den Veröffentlichungen Ihres Hauses liest, Frau Ministerin? Wie kann es denn funktionieren, dass diese innovativen Projekte völlig kostenneutral abgewickelt werden können? Das geht schlechterdings nicht.

(Zuruf der SPD: Ist ganz einfach!)

Wir haben vorgeschlagen, Investitionskosten und Betriebskosten zu erhöhen. Wegen unseres ganzheitlich angelegten Haushaltskonzepts, das insbesondere Schwerpunkte im Bereich der Mobilität und der Bildungspolitik gesetzt hat, haben wir nur innerhalb des Einzelplans Mittel für diesen Bereich erwirtschaften können. Aber immerhin gedeckt in diesem Einzelplan haben wir 2 Millionen DM freimachen können.

- (B) Wenn wir eine Schwerpunktverschiebung über die nächsten Jahre erreichen können, wird man meines Erachtens noch zu sehr viel mehr Geldern kommen können und kommen müssen, um die Ganztagsbetreuung von Kindern und Schulkindern in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Prüfstein in der Frage, inwieweit die Kinderrechte in diesen Haushaltsberatungen berücksichtigt werden. Frau Ministerin Fischer sprach von "Beeinträchtigungen", die auf den ersten Blick als solche überhaupt nicht wahrgenommen würden. Dann tut Beteiligung Not. Dann muss man die Kinder fragen und an den Tisch holen.

Ferner ist der Dialog zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen Seite und zwischen der Politik auf der anderen Seite zu stärken, damit wir im Landtag - mit Verlaub, die meisten von Ihnen sind den Kindesbeinen einige Jahre länger erwachsen als ich - ein Bewusstsein dafür entwickeln, was junge Menschen und Kinder überhaupt bewegt.

In diesem Zusammenhang haben wir vorgeschlagen - die CDU-Fraktion hat dem freundlicherweise zugestimmt -, die Mittel für den Kinderbeauftrag-

ten der Landesregierung zu verdoppeln. Das haben Sie abgebügelt. (C)

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt mein Fazit ziehe, stelle ich fest, dass der von uns allen uneingeschränkt geteilte Wunsch nach einer Festbeschreibung der Kinderrechte in der Verfassung keine Auswirkungen in den Haushaltsberatungen hat. Das ist sehr bedauerlich. Wenn Sie wollen, dass wir in diesem Hause einvernehmlich über Ihren Haushaltsentwurf befinden können, werden Sie beim nächsten Mal noch ganz erheblich nacharbeiten müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Lindner. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Koczy das Wort.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Hilflos, wehrlos, planlos!)

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist das Aufgabenfeld "Kinder, Jugend und Familie" zu wichtig, um in einer so undifferenzierten Weise, wie wir es gerade von der Opposition gehört haben, die Programme im Einzelplan 11 abzuhandeln. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe)

- Ich habe anscheinend einen wunden Punkt getroffen. Die Aufschreie der männlichen Vertreter sind deutlich zu hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin aber daran interessiert, die einzelnen Fragen zu behandeln, die jetzt aufgeworfen wurden. Ich bin gern bereit, in meiner Haushaltsrede darauf einzugehen.

Ich gehe zunächst auf die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung ein, die meine Vordröner bereits ausgebreitet hat. Ich denke, die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung hat mit dem GTK sehr viel zu tun. Sie hätten es zum Beispiel im Bereich Haushalt - Kinderbetreuungsanspruch - gern einmal auf den Punkt bringen können, weil wir die Partizipation von Kindern im

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) Kindergarten verankert haben. Dort ist es festgeschrieben. Wir haben in diesem Bereich - Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz - dafür gesorgt, dass Kinder in diesem Feld zu Wort kommen und sich in die Kindertageseinrichtungen einklinken können. Das wollen wir verstärken.

Das Thema "Kinderrechte in die Verfassung" hat auch noch ganz andere Aspekte, wie zum Beispiel die Gewaltfreiheit

(Christian Lindner [F.D.P.]: Habe ich gerade gesagt!)

und den Aspekt des Schutzes vor Ausbeutung. Das sind noch andere Themen als die, die wir zurzeit im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutieren müssen.

Wir haben zum Beispiel als grüne Fraktion Mittel in Höhe von 2,5 Millionen DM für eine Verstärkung des Betriebskostenansatzes eingefordert und durchgesetzt; denn mit diesen Mitteln kann es uns gelingen, dass wir gerade die Kinder mit besonderem Beförderungsbedarf erreichen.

Das haben Sie mit keinem Wort erwähnt. Es geht nämlich nicht darum, mit dem Gießkannenprinzip über das Land zu gehen, sondern wir wollen verantwortlich dafür sorgen, dass das Geld dort ankommt, wo es ganz besonders gebraucht wird. Und das wird z. B. mit diesen 2,5 Millionen DM für Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf erreicht.

(B)

Sicherlich sind mehr Mittel für den Ausbau der Ganztagsbetreuung durch die Jugendhilfe und damit auch im Hortbereich und bei den unter Dreijährigen wünschenswert. Ich habe das als Vision in der Perspektive. Dieses in dem von uns Grünen gewünschten Umfang zu realisieren, war leider aufgrund der knappen Haushaltssituation in diesem Bereich nicht möglich.

Ich weise aber auch darauf hin, dass eben nicht das Land allein in der Pflicht steht, die Anträge zu formulieren, sondern dass die Kommunen ihre Gegenfinanzierung auf die Beine stellen müssen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der Opposition! Hier kehren Sie einige Tatsachen unter den Tisch, Herr Mahlberg. Das müssen Sie auch zugeben.

Zwar hören wir punktuell von den Forderungen der Kommunen nach Bereitstellung von Mittel für

die Verwirklichung des Rechtsanspruches in atemberaubender Höhe. Zahlen über 4.700 fehlende Plätze werden da z. B. genannt. Nur, wenn es dann zum Schwur kommt, stellen wir auf einmal fest, dass die Kommunen, die sagen, sie bräuchten mal soeben 800 Kindergartenplätze, weil sie vergessen hätten, dass in das geplante Neubaugebiet auch Familien ziehen würden, die dafür benötigten Anträge nicht an das Land stellen.

(C)

Wir stehen vor der Frage, was für einen Hintergrund wir haben, wenn vonseiten der Kommune die Plätze eingefordert werden und aufs Land mit dem Finger gezeigt wird, aber in der Realität die Mittel für Gegenfinanzierung durch die Kommunen nicht bereitgestellt wird. Das sind dann politisch motivierte Luftblasen, die nur die Stimmung anheizen und die leider mit dazu beitragen, dass eine realistische Einschätzung der tatsächlichen Situation zunehmend erschwert wird.

Es bleibt doch unbenommen - da können wir als Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker das Gleiche sagen -, dass wir noch einiges anpacken müssen, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht. Das muss z. B. durch eine bessere Koordinierung von Jugendhilfe und Schule organisiert werden, die immer noch nicht gemeinsam Hand in Hand versuchen, die Betreuungsprobleme zu lösen. Ich kenne zwar auch viele Gegenbeispiele, wir müssen aber immer noch den positiven Trend verstärken, damit wir auch sagen können: In Nordrhein-Westfalen ist die Kooperation von Schule und Jugendhilfe umgesetzt.

(D)

Wenn es dann heißt, das SiT-Programm trage nicht so weit wie der Hortbereich, dann muss man auch dafür sorgen, dass die pädagogischen Standards im Bereich der Schule, die wir über das SiT-Programm einsetzen, auch tragen. Da ist das SiT-Programm von der pädagogischen Ausrichtung her immer noch besser als das, was im schulischen Bereich vorhanden ist.

Ich gebe gerne zu, dass es bei der Ausgestaltung bei der Organisation vor Ort - wie gehe ich mit den verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten um? - durchaus Probleme gibt. Ich bin auch der Auffassung, dass wir durch die flexible und plurale Gestaltung der Landschaft auch plurale Angebote schaffen müssen, die anders organisiert, die anders finanziert werden, die auch auf anderen fi-

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) nanziellen Füßen stehen als das, was wir bislang gehabt haben.

Ich denke, da sind wir alle in der Verantwortung zu schauen, dass wir das gut koordiniert bekommen, damit wir für Kinder und Jugendliche ein gutes Betreuungsangebot schaffen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema sexueller Missbrauch: Ihnen ist vielleicht entgangen, dass wir im Haushaltsentwurf schon 700.000 DM für Täter-Therapie bereitgestellt haben. Das ist, ehrlich gesagt, ein richtiger Fortschritt. Wir haben damit auf die Diskussionen reagiert, die in den letzten 20 Jahren Frauenbewegung immer gefordert haben, dass man etwas mit den Tätern tun muss, um zu verhindern, dass es zu weiteren Opfern kommt. Da haben wir mehr erreicht, als es in vielen anderen Bundesländern der Fall ist. Herr Lindner, ich hätte mich gefreut, wenn Sie das auch dargestellt hätten. Da werden auch Kinderrechte gewahrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Zum Landesjugendplan: Allen Unkenrufen zum Trotz ist der Landesjugendplan nicht gekürzt, sondern in einigen Bereichen sogar noch aufgestockt worden. Das ist eine positive Überraschung. Dabei haben wir in der Koalition versucht, Akzente in den Bereichen zu setzen, die gesamtgesellschaftlich von Bedeutung sind. Es geht um schulmüde Mädchen und Jungen, um die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und um Kinder in Risiko- und Gefährdungssituationen, also auch um die Verwirklichung von Kinderrechten.

Wir hoffen, dass es uns gelingt, zahlreiche Projekte zu initiieren, um noch in der zweiten Jahreshälfte die Mädchen und Jungen zu erreichen. Dabei bin ich mir der konstruktiven Mitarbeit durch die Landschaftsverbände sicher. Ich hoffe, dass nach Bewilligung des Haushalts und den haushaltstechnischen Prozeduren die Träger und die Initiativen der Jugendhilfe, die großen wie die kleinen, schnell und unbürokratisch an ihr Geld kommen.

Besonders erfreut bin ich, dass es gelungen ist, die Familienselbsthilfe mit einer erhöhten Unterstützung auf eine solide Basis zu stellen, damit das Standbein der professionellen Arbeit wie auch die konzeptionelle Weiterentwicklung im ehrenamtlichen Familienselbsthilfebereich geleistet werden kann.

(C) Auch der Abbau von Diskriminierungen hat für uns einen hohen Stellenwert. Folglich begrüßen wir nicht nur die eingetragenen Partnerschaften, sondern sind uns auch bewusst, dass es hier einen gesteigerten Bedarf an Beratungen und Informationen gibt. Wie in allen Ressorts mussten wir mit spitzem Bleistift rechnen. Zumindest ist eine Erhöhung von 200.000 DM erreicht worden.

Besonders erfreulich ist noch, dass die Schuldner- und Verbraucherinsolvenz mit 1,9 Millionen DM zusätzlich ausgestattet wurde. Diese Mittel sind für weitere 21,5 Fachkraftstellen vorgesehen, da die Zahl der überschuldeten Haushalte und damit auch die Zahl der intensiv zu beratenden Personen und die Zahl der Einzelkontakte zugenommen haben, was oft Wartezeiten von weit über einem Jahr bislang zur Folge gehabt hat. Mit einem Gesamtansatz von 10,7 Millionen DM werden damit in diesem Jahr insgesamt 110 Fachkraftstellen finanziert werden können.

Ich hätte mich auch gefreut, wenn auch die F.D.P. diesem Anliegen hätte zustimmen können. Aber Sie haben gerade diesen wichtigen sozialen Aspekt merkwürdigerweise - das ist mir völlig unerklärlich - abgelehnt und damit gerade das konterkariert, was Sie vorhin zum Thema Kinderrecht erzählt haben. Herr Lindner, hier geht es auch um Familien. (D)

(Zuruf des Christian Lindner [F.D.P.])

Von daher haben Sie sich in der Argumentation selber ganz gewaltig ein Bein gestellt.

Daher werden Sie sicherlich auch nachvollziehen können, dass aus meiner Sicht die Schwarz-Weiß-Malerei von CDU und F.D.P. nicht gerechtfertigt ist, sondern dass eine Zustimmung zu diesem Haushaltsplan möglich ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Koczy. - Für die Landesregierung spricht als Nächste Frau Ministerin Fischer.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 setzt die Landesregierung in der

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ein Zeichen für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der kinder- und jugendpolitischen Infrastruktur. Der Haushalt - das gilt auch für die Landesregierung - muss sich daran messen lassen, ob er ein stabiles Fundament für die Förderung, Bildung und Hilfe insbesondere für junge Menschen bietet.

Ich halte es für ausgesprochen unseriös, wenn von der CDU-Fraktion beispielsweise im Zusammenhang mit dem GTK gesagt wird, im Vergleich zu den Vorjahren seien keine ausreichenden Investitionsmittel für Kindergärten vorhanden. Anscheinend weiß die CDU-Fraktion überhaupt nicht, dass wir in den vergangenen Jahren ein massives Ausbauprogramm hatten, das weitgehend abgeschlossen ist, sodass die Investitionsmittel zwangsläufig nicht mehr in dem Maße wie in den vergangenen Jahren erforderlich sind. Aber es stehen sehr wohl auch in diesem Haushalt Investitionsmittel zur Verfügung, weil wir genau wissen, dass es Kommunen gibt, die nicht rechtzeitig für den Bau von Kindergartenplätzen gesorgt haben, und weil es insbesondere in Neubaugebieten Probleme gibt, die die Neuschaffung von Kindergärten erforderlich machen.

- (B) Ich halte es auch für eine Heuchelei der F.D.P.-Fraktion, wenn von ihr sexueller Mißbrauch von Kindern der Veröffentlichung von Broschüren gegenübergestellt wird. Herr Kollege Lindner, ich will Ihnen einmal die Broschüre "Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen" und auch die Broschüren zur Information über Beratung und Hilfe im Zusammenhang mit sexuellem Mißbrauch zeigen. Man kann daran sehr gut deutlich machen, wie notwendig diese Öffentlichkeitsarbeit ist, denn sie spricht die betroffenen Kinder, Jugendlichen und Eltern unmittelbar an.

Wir haben neue Wege erprobt und passgenaue Konzepte für junge Menschen und ihre Familien entwickelt, damit sie rechtzeitig Unterstützung und Hilfe erhalten; denn gerade der Förderung junger Menschen und der vorbeugenden pädagogischen Arbeit kommen eine zentrale Bedeutung zu.

Junge Menschen brauchen Rahmenbedingungen, die ihnen alle Chancen und Möglichkeiten für die Gestaltung ihrer Zukunft und die Realisierung ihrer individuellen Lebensplanung eröffnen, die geeignet sind, ihnen auch die sozialen Kompetenzen zu vermitteln, um in der Gesellschaft des Wissens

- (C) mithalten zu können, und die sie befähigen, mit Risiko-, Gefährdungs- und Konfliktsituationen umgehen zu können.

Moderne Kinder-, Jugend- und Familienpolitik setzt deshalb vor allem auf die Stärkung der eigenen Kräfte und nicht allein auf die Funktion der fürsorglichen Hilfen. Wir wollen, dass junge Menschen in ihren Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt und ihre Entwicklungspotenziale genutzt werden. Wir wollen ihnen soziale Räume geben, in denen sie unter Gleichaltrigen Freizeit, Bildung und Erziehung erfahren. Dies ist eine immer wichtiger werdende Aufgabe angesichts des Wandels von Familie und Gesellschaft.

Besonders müssen wir uns denjenigen zuwenden, die sozial benachteiligt sind. Sie stehen häufig nicht im Rampenlicht und drohen oftmals vergessen zu werden. Gerade wenn Kinder arm sind, haben sie weniger oder vielleicht sogar gar keine Chance. Die Breite und die finanzielle Ausstattung unserer Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien beweisen, wie ernst wir dieses Engagement nehmen.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sieht für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik Ausgaben in Höhe von insgesamt rund 2,5 Milliarden DM vor. Für diese Politikfelder haben wir Schwerpunkte gesetzt:

Zum einen die Weiterentwicklung der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern.

Zum 31. Dezember 2000 betrug die Versorgungsquote im Kindergartenbereich in Nordrhein-Westfalen 95,8 %. Hinter dieser Zahl steckt eine enorme Kraftanstrengung. Trotzdem gibt es noch vereinzelte Versorgungslücken. Um diese zu schließen, haben wir noch einmal 15,7 Millionen DM für rund 1.300 neue Plätze vorgesehen. Zusätzlich können weitere 300 Plätze über Investorenmodelle geschaffen werden.

Wir bauen zudem verlässliche Ganztagsangebote für Kinder im schulpflichtigen Alter aus. Hierfür stehen im Landeshaushalt wieder 12,5 Millionen DM für die Nachmittagsangebote für die 10- bis 14-Jährigen bereit, mit denen wir rund 420 neue SIT-Gruppen fördern wollen. Damit setzen wir allein im Bereich der Jugendhilfe im Jahr 2001 rund 140 Millionen DM für die Betreuung von Schulkindern ein. So können wir flexibler auf den

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) unterschiedlichen Bedarf der Eltern und Kinder angemessen reagieren. Es ist aber auch dringend erforderlich, die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule vor Ort so zu intensivieren, dass für Eltern die verschiedenen Angebote erkennbar werden. Hierzu werden das Jugend- und das Schulministerium gemeinsam aktiv werden.

Wenn in diesem Zusammenhang Kostenneutralität gefordert wird, dann ist festzustellen, dass diese Kostenneutralität mit Sicherheit nicht eine Weiterentwicklung behindert, da wir in vielen Bereichen rückläufige Kinderzahlen und insbesondere eine Verlagerung der Bevölkerungsstruktur feststellen können. Das heißt, junge Familien haben an bestimmten Stellen einen Bedarf, wofür an anderer Stelle der Bedarf sinkt. Diese frei werdenden Mittel auch für Ganztagsangebote für Schulkinder zu nutzen halte ich für zwingend erforderlich. Dies ist auch kostenneutral möglich.

Die Kinder- und Jugendförderung haben wir stabilisiert. Auch hier haben wir neue Wege eröffnet. Der Landesjugendplan ist in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut worden, allein um 15,5 Millionen DM in dieser Wahlperiode auf insgesamt rund 204 Millionen DM. Mit der Reform des Landesjugendplans haben wir nicht nur die bestehende Infrastruktur gesichert, sondern auch durch neue Projektschwerpunkte innovative Akzente gesetzt. Auf die veränderten Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen haben wir reagiert und z. B. Projekte gegen Gewalt und Rechtsextremismus sowie zur Förderung der Medienkompetenz und präventive und geschlechtsspezifische Ansätze initiiert.

- (B) Zwei Jahre nach der Reform zeigt sich deutlich: Auch wenn die Neuorientierung die Träger zunächst belastet hat, war die Reform überfällig. Inzwischen wird sie von allen begrüßt. Ausdrücklich danke ich den Trägern, die die neuen Ansätze nutzen und konstruktiv mitwirken. Dies gilt auch für die derzeitigen Diskussionen um die endgültigen Richtlinien. Dort wurde deutlich, dass alle Träger im Grundsatz zu dieser Reform stehen.

Es ist vorrangige Aufgabe der Kommunen, verlässliche Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit vor Ort zu schaffen. Das Land wirkt hier ergänzend. Wir in Nordrhein-Westfalen tun dies großzügiger als andere Bundesländer. So ist das Land an den Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hände für die Jugendarbeit mit mindestens

rund 35 % beteiligt - eine Zahl, auf die wir in der Tat sehr stolz sein können. (C)

Den Antrag der Regierungsfaktionen, den Landesjugendplan um weitere 4,5 Millionen DM für die Schwerpunkte ehrenamtliche Tätigkeit bzw. Partizipation junger Menschen und Hilfe für schulmüde Jugendliche zu erhöhen, begrüße ich. Gerade im Internationalen Jahr der Freiwilligen können wir damit deutliche Akzente setzen.

Auch die zusätzliche Förderung benachteiligter Jugendlicher durch eine gezielte Verstärkung der entsprechenden Förderprogramme für den Übergang von der Schule zum Beruf ist eine richtige und wichtige sozialpolitische Entscheidung. Wir setzen beim Übergang von der Schule in den Beruf auf Prävention. Gerade sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche brauchen unsere Unterstützung, damit sie nicht bereits am Beginn ihres Berufslebens ausgegrenzt werden.

Rund 40 Millionen DM aus dem Landesjugendplan stehen dafür im Rahmen der Jugendsozialarbeit zur Verfügung, z. B. für 61 Beratungsstellen im Übergang von der Schule in den Beruf, 47 Jugendwerkstätten, 285 sozialpädagogische Fachkräfte in 79 Jugendwohnheimen und auch für das Programm "Zukunft für die Jugend, Bildung und Ausbildung". Mit den vom Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie empfohlenen weiteren 1,5 Millionen DM können wir die Jugendsozialarbeit stärken und ausbauen. (D)

Familien stärken, Selbsthilfepotenziale fördern: Familienpolitik muss heute vor allem Rahmenbedingungen schaffen, die Familien stärken und unterstützen, um Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Nordrhein-Westfalen ist mit seiner Infrastruktur für Beratungs- und Hilfesysteme beispielhaft. Der Etatentwurf sieht für diese Unterstützungssysteme und die Familienbildung insgesamt 164,9 Milliarden DM vor.

Besonders Familien in schwierigen Lebenslagen benötigen rechtzeitige und verlässliche Hilfe. Die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dazu gehört vor allem auch der Modellversuch des sozialen Frühwarnsystems, den wir in einigen Kommunen aufbauen wollen. Damit wollen wir unterschiedliche Kenntnisse und Erfahrungen miteinander verbinden, um zu ermitteln, wie der Entstehung von

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Notlagen und den Folgen für die Familien früher und zielsicherer begegnet werden kann.

Oft gehen Notlagen der Familien mit hoher Überschuldung einher. Mit Hilfe von 198 Beratungsstellen bei Verbraucherinsolvenz helfen wir, neue Perspektiven und Chancen für ein Leben ohne Verschuldung aufzubauen. Die Mittel, die die Koalitionsfraktionen mit Zustimmung aller Fraktionen in den Haushalt eingestellt haben, eine Erhöhung um 8 Millionen DM, begrüße ich sehr. Damit können weitere 21 Stellen geschaffen werden.

Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen abbauen ist ebenfalls ein Ziel der Landesregierung. Im Haushaltsansatz 2001 stehen rund 1,76 Millionen DM zur Verfügung: für den Aufbau und Ausbau der Infrastruktur selbsthilfeorientierter und selbst organisierter Initiativen, für die Weiterentwicklung des Beratungsangebots, die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, für die Forschung sowie Fortbildung und Schulung von Multiplikatoren.

In Zusammenarbeit mit den Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe werden wir die vom Landtag bewilligten Haushaltsmittel im Jahr 2001 wirksam einsetzen können für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe und damit für die Zukunftsperspektiven von Kindern, Jugendlichen und Familien. - Herzlichen Dank.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Zu dem Teilbereich "Jugend und Familie" liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zum Teilbereich

c) Gesundheit

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Henke das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Haushaltsdebatte ist immer eine kontroverse Debatte. Die Ausschussberatungen zum Einzelplan 11 haben gezeigt, dass das auch der Fall ist, wenn es um die Gesundheitspolitik der Landesregierung geht.

Lassen Sie mich trotzdem eine Übereinstimmung mit der Landesregierung an den Anfang meiner

Bemerkungen stellen. Ich meine die Übereinstimmung in der Debatte um eine gesetzliche Erlaubnis zur Tötung auf Verlangen. Wir wollen keine Ärzte mit der Lizenz zum Töten. Natürlich darf niemandem eine Behandlung aufgezwungen werden, die er ablehnt. Aber wir hätten in der gesundheitlichen Versorgung versagt, wenn wir leidenden Menschen keine bessere Hilfe zukommen lassen könnten als die, ihren Tod von ärztlicher Hand verlangen zu können.

(C)

Es ist deshalb auch ein richtiger Schritt, dass wir im Ausschuss einstimmig beschlossen haben, die Mittel für ambulante Hospizdienste zu erhöhen, um die Betreuung, Begleitung und Qualifizierung von Angehörigen und in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen zu verstärken. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich für die klaren Worte, Frau Ministerin Fischer, die Sie vor kurzem zu dem Thema "Aktive Sterbehilfe" - ich nenne das eher "Tötung auf Verlangen" - gefunden haben.

Wir sind allen dankbar, die sich der schweren Aufgabe stellen, es in der Nähe schwerstkranker und sterbender Menschen auszuhalten und sie auf dem Stück Lebensweg zu begleiten, den wir das Sterben nennen. Sterbenden helfen: ja, Sterbende töten: nein.

(D)

Wir sind aber auch allen dankbar, die sich den vielen anderen herausfordernden Aufgaben in den Praxen, Krankenhäusern und anderen Bereichen gesundheitlicher Hilfe stellen, auch im öffentlichen Gesundheitswesen Nordrhein-Westfalens. Diese Dankbarkeit und der Respekt vor dieser Arbeit erfordern einen knappen Kommentar zu den Schlagzeilen der letzten Tage über das neue Gutachten des Sachverständigenrates der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen. "Schlechte Noten für das Gesundheitssystem" titelte das "Handelsblatt". "Gesundheitssystem krank an mangelnder Effizienz" heißt es in der "Frankfurter Rundschau".

Ich kann in diesem Zusammenhang nur empfehlen, das Sachverständigengutachten ganz präzise zu lesen. Denn in der Tat sieht der Rat Deutschland hinsichtlich Lebenserwartung und verlorenen Lebensjahren unter den Industrieländern nur in einer Mittelstellung. Es gibt aber Unterschiede zu den Schlagzeilen, wenn man die Ausführungen des Sachverständigenrates im Einzelnen liest. Ich zitiere:

(Rudolf Henke [CDU])

- (A) "Der Erklärungsanteil des Gesundheitswesens im engeren Sinne an der Veränderung der Lebenserwartung bzw. Mortalität liegt nach zahlreichen nationalen und auch international vergleichenden Studien zwischen 10 % und 40 %. Daraus folgt, dass eine effiziente und effektive Einwirkung auf die gesundheitlichen Outcomes im Sinne einer Gesundheitspolitik eine im weiteren Sinne Kooperation mit anderen Politikbereichen bzw. Ministerien erfordert ..."

Ich glaube, im Unterschied zu den Schlagzeilen zeigt der Rat damit ausdrücklich, dass die medizinische Versorgung nur zu einem Teil Einfluss auf die Ergebnisse im gesundheitlichen Bereich nimmt, während entscheidende präventive Weichen über das Gesundheitswesen hinaus, z. B. in den Feldern Arbeit, Verkehr und Umwelt, aber auch in der Bildungs-, Vermögens- und Einkommenspolitik gestellt werden.

Insofern geht auch die Forderung nach einem sogenannten Ärzte-TÜV am Kern der Sache vorbei und transportiert - gewollt oder ungewollt - darüber hinaus ein verletztes, unfaires und ungerechtes pauschales Misstrauen. Im Übrigen wäre die Forderung nach einem Ärzte-TÜV weit glaubwürdiger, wenn solch ein TÜV z. B. dazu dienen würde, einmal nachzuprüfen, in welcher Verfassung sich Krankenschwestern, Krankenpfleger, Ärztinnen und Ärzte im Bereitschaftsdienst nach 18, 20 oder 22 Stunden Einsatz befinden und ob der Einsatz todmüder Menschen in der Patientenversorgung wirklich berechtigt ist.

- (B) Im Übrigen belegt das Gutachten die Notwendigkeit zu einer grundlegenden Neuorientierung der in Berlin betriebenen Gesundheitspolitik. Es ist leider so, dass von Ihnen dazu zu wenige Konzeptionen, Vorstellungen, Visionen kommen. Es war beschämend, im Ausschuss mitzuerleben, wie Sie sich sogar darum herumgedrückt haben, Position gegen die gedeckelten Budgets zu beziehen, von denen inzwischen vielfach belegt ist, dass sie schnurstracks zu einer Rationierung führen, die das Leistungsversprechen der gesetzlichen Krankenversicherung erodieren lassen und damit ihre Legitimation unterminieren.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Umgang mit dem Gesundheitsbereich ist unfair, unsozial und ungerecht. Das gilt nicht nur für Ihre fehlenden Visionen in der Renovierung der

- (C) gesetzlichen Krankenversicherung - Welche Antworten auf den demographischen Wandel? Welche Antworten auf den medizinischen Fortschritt? Welche Antworten auf die Erosion der Einnahmehemmnisse? -, sondern das gilt auch für viele Positionen des Gesundheitshaushaltes.

Die freiwilligen Ausgaben im Einzelplan 11 werden gekürzt, die Förderung der kommunalen Gesundheitskonferenzen wird abgebaut, die Förderung der kommunalen Gesundheitsberichterstattung wird zurückgefahren. Sie rühmen sich zwar der ZTG GmbH, aber Sie verschleiern, dass Sie im Wesentlichen Zuschüsse der Europäischen Union weitergeben.

Die Ansätze im Suchtbereich werden um 3,5 Millionen DM gekürzt. Wir haben 110.000 Tabaktote im Jahr in Deutschland. Wir haben 40.000 Alkoholtote im Jahr. Wir haben allein 3.000 Alkoholembryopathien bei neugeborenen Kindern, die wegen des Alkoholkonsums ihrer Mütter im Laufe der Schwangerschaft unter schweren geistigen oder körperlichen Behinderungen leiden. 40 Milliarden DM Folgekosten bei Alkohol, 80 Milliarden DM Folgekosten bei Tabak, 13 Milliarden DM Folgekosten bei den illegalen Substanzen, 506 Drogentote in NRW, 20 % mehr als im vergangenen Jahr 2000. Und Sie kürzen die Mittel zur Suchtbekämpfung und lehnen unseren Antrag zur Steigerung der Präventionsmittel um 5,5 Millionen DM im Ausschuss ab.

(Beifall des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Verweigert haben Sie sich auch unserem Antrag, die Mittel zur Aus-, Fort- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Altenhilfe auf 60 Millionen DM zu erhöhen. Nach wie vor ist die Altenpflege ein Berufsfeld mit Zukunft, und in vielen Regionen des Landes herrscht weiterhin ein großer Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in diesem Bereich. Vor diesem Hintergrund ist die Kürzung der Mittel ein falsches sozialpolitisches und arbeitsmarktpolitisches Signal.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nicht noch einmal auf die Diskussionen um die ambulanten komplementären Dienste eingehen. Ich will auch nicht noch einmal die Auseinandersetzungen um die Altenerholung wiederholen. Ich will zu einem weiteren Themenfeld kommen, auf dem Sie in ganz unverständlicher

(D)

(Rudolf Henke [CDU])

- (A) Weise die gesundheitliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens gefährden.

Heute Nacht wird die Mir südlich Australiens in den Pazifik stürzen. Der Absturz der Mir folgt der Erdanziehungskraft und ist im Grunde nicht mehr beeinflussbar. Ich kenne keinen landespolitischen Vorgang, der mit einer gleichen Gesetzmäßigkeit wie der Absturz der Mir so auf den Punkt Null hinführt, wie Ihr Vorgehen bei der Ausstattung des Krankenhausinvestitionsprogramms und der Fördermittel für die Krankenhäuser im investiven Bereich.

(Beifall des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Für Ihre Politik kann man den Terminus Mir gut verwenden: ministerielle Investitions-Reduzierung.

Die Krankenhäuser Nordrhein-Westfalens leiden unter der finanziellen Auszehrung durch das Land. Keines der 16 Bundesländer gibt pro Kopf der Einwohner weniger Geld für seine Krankenhäuser aus als Nordrhein-Westfalen. Die Folge sind ein massiver Investitionsstau - 3,5 Milliarden DM -, eine schleichende finanzielle Enteignung der Krankenhausträger und der zunehmende Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem auf der Bundesebene die Einführung des DRG-Systems beschlossene Sache ist und bevorsteht.

(B)

(Zurufe von der SPD)

- Nein, es ist so. Seit mehr als zehn Jahren ist der Förderbetrag ständig reduziert worden. Trotz des erheblichen bürokratischen Aufwandes haben die Krankenhäuser für 2001 etwa 400 Maßnahmen beantragt, und die Bezirksregierungen haben davon 104 Maßnahmen als notwendig und dringlich eingestuft. Nach allen Erfahrungen werden mit den Mitteln, die Sie ansetzen, knappe 10 % der ursprünglichen Anträge finanziert werden können.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Im Regierungsbezirk Köln z. B. finanzieren Sie von den Anträgen im Investitionsprogramm am Ende 6 %, und im Regierungsbezirk Düsseldorf werden es 8 % sein. Das nennen Sie dann eine verlässliche Investitionsförderung. Das ist nicht der Fall. Das ist eine konzeptionslose, unfaire und ungerichte Politik, mit der Sie verflucht alt aussehen. Das Schlimme ist, dass Sie die Krankenhäuser dabei altern lassen und damit in einen Zustand bringen, in dem die Schäden immer schwerer auf-

zufangen sind und in der angesichts des DRG-Systems eine Situation droht, bei der die Wettbewerbsfähigkeit der Krankenhäuser nachhaltig benachteiligt wird.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte Sie schließlich noch bitten, dem hohen Haus zu erklären, wie Sie es hinbekommen wollen, mit einem Nullansatz im Bereich Maßregelvollzug die krassen Mängel im Sicherheitssystem, die chronische Überbelegung, das überarbeitete Personal, die desolaten Gebäude und die überforderten Gutachter, diese Mängel, die wir alle gemeinsam festgestellt haben, zu beheben.

Sie haben uns im Ausschuss erklärt, dass Sie entsprechende Konzepte haben. Allerdings haben Sie diese Konzepte nicht im Einzelnen dargelegt. Wir bitten Sie sehr darum, das jetzt hier in der plenaren Beratung zu tun und uns den Zeitplan zu erläutern, wie Ihre eigenen Ziele in der Maßregelvollzugspolitik umgesetzt werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, meine Redezeit geht zu Ende. Die CDU-Fraktion erspart es Ihnen trotz Ablehnung der meisten unserer Anträge im Ausschuss - in ein paar Fragen sind wir uns ja auch einig gewesen - nicht, über zwei Anliegen durch plenare Abstimmung zu entscheiden. Dabei handelt es sich zum einen um die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter in der Altenpflege. Dort wollen wir einen Ansatz von 60 Millionen DM gesichert sehen. Zum anderen geht es um unseren Antrag zur Erhöhung der Krankenhausinvestitionen für Neubaumaßnahmen. Dort beantragen wir eine Erhöhung der Mittel um 100 Millionen DM. Ich bitte Sie sehr herzlich darum, diesen beiden Anträgen der CDU-Fraktion in der zweiten Lesung zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Henke. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort Herr Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin aus gegebenem Anlass in den letzten Wochen vor-

(Michael Scheffler [SPD])

- (A) nehmlich in Westfalen-Lippe häufig in Krankenhäusern unterwegs gewesen. Ich muss sagen: Das Bild, das der Kollege Henke von unserer Krankenhauslandschaft gezeichnet hat, habe ich nicht nachvollziehen können. Ich bin in Häusern empfangen worden, die sich in gutem Zustand befinden, in denen sich die Träger in der Vergangenheit bemüht haben, positive Dinge in Angriff zu nehmen, und die Häuser sind mir als Abgeordnetem mit Stolz vorgeführt worden. Das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, die 100 Millionen DM, die Sie für die Krankenhäuserförderung zusätzlich beantragt haben, werden wir ablehnen. Sie wissen auch, warum: weil Sie keinen seriösen Deckungsvorschlag unterbreitet haben.

(Rudolf Henke [CDU]: Das stimmt nicht!
Das ist nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, die Ministerin hat im Ausschuss deutlich gemacht, dass auch durch die Reduzierung des Barmittelansatzes die Förderung nicht beeinträchtigt wird. Vor dem Jahr 2001 begonnene Maßnahmen können weiter finanziert werden. Außerdem werden im Jahre 2001 weitere 37 Baumaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms verwirklicht werden.

- (B)

Ich will festhalten, dass die Krankenhausversorgung in Nordrhein-Westfalen hochwertig ist. Diese hochwertige Versorgung wollen und werden wir auch in Zukunft behalten. Schön wäre es sicherlich, wenn wir manche Anträge zügiger und schneller bedienen könnten. Aber auch für Nordrhein-Westfalen gilt, dass wir jede Mark nur einmal ausgeben können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass ich für die vielfältigen Anstrengungen der Krankenhäuser dankbar bin, die in den letzten Jahren im Rahmen ihrer Budgets - darauf habe ich eben schon hingewiesen - Eigenmittel mobilisiert und aktiviert haben, um Baumaßnahmen zu verwirklichen. Wir wissen, wo Handlungsbedarf besteht; aber zur Schwarzmalerei besteht auch im Krankenhaussektor in Nordrhein-Westfalen kein Anlass.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Meine Damen und Herren, die Krankenhauspolitik wird uns in den nächsten Jahren noch intensiver beschäftigen. Strukturveränderungen im Gesundheitswesen - ich nenne nur die Einführung pauschaler Entgeltsysteme, die DRGs - werden auch nicht ohne Auswirkungen auf die heute vorgehaltenen Krankenhausbetten bleiben. Für die Krankenhausbedarfsplanung haben sich die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen und die Krankenkassen in Westfalen-Lippe mit Gutachten positioniert.

In Richtung der Krankenkassen will ich noch einmal betonen, dass es meines Erachtens unverantwortlich ist, zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen in einem geordneten Verfahren und - ich betone das - im Zeitplan befindet, die Schließung von 38 Krankenhäusern und 70 Fachabteilungen sowie den Abbau weiterer 574 Betten in einzelnen Fachabteilungen vorzuschlagen.

Meine Damen und Herren, ich warne ausdrücklich davor, den dritten oder vierten Schritt vor dem ersten zu tun. Patientinnen und Patienten sind, wie ich glaube, von den Kassen weithin verunsichert worden. Das dürfen wir nicht weiter zulassen.

(Beifall des Horst Vöge [SPD])

(D) Unsere Krankenhausgesetzgebung will eine regionale Abstimmung der Krankenhäuser untereinander im Gespräch mit den Krankenkassen. Es besteht die Chance, konsensual neue und fortschrittliche Strukturen zu formulieren. Diese Chance sollten im Interesse der Patientinnen und Patienten alle Beteiligten nutzen.

Meine Damen und Herren, das Thema "Maßregelvollzug" hat uns hier im Hause in den letzten Monaten und Jahren häufig beschäftigt. Im Haushaltsplan sind für den Bau neuer Maßregelvollzugseinrichtungen Mittel vorgesehen. Damit wird sichergestellt, dass die Gesamtkonzeption für Sicherheit und Therapie, zu der natürlich auch die Schaffung neuer Behandlungskapazitäten gehört, umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin Fischer hat im November 2000 ein ausgewogenes und schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt. Ich begrüße dieses Konzept noch einmal ausdrücklich und hoffe, dass die anstehende

(Michael Scheffler [SPD])

- (A) henden und notwendigen Umsetzungsschritte zügig sowie unter konstruktiver Beteiligung der Standortgemeinden erfolgen werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Haushaltsanträge, die wir als Koalition gestellt haben, ansprechen. Ich bin nämlich der Auffassung, dass mit diesen Anträgen deutlich wird - Herr Kollege Henke, an der Stelle unterscheiden wir uns -, dass wir der Sozial- und Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert einräumen.

Ich will dabei zunächst auf die Erhöhung der Mittel für die Altenerholung eingehen. Die Mittel werden gegenüber dem Haushaltsplan um 5 Millionen DM aufgestockt. Das schafft Sicherheit für die Wohlfahrtsverbände und ermöglicht besonders bedürftigen älteren Menschen auch in diesem Jahr einen Erholungsurlaub.

Zum Thema der komplementären ambulanten Dienste hat Kollege Vöge bei der Beratung des Einzelplans 15 bereits Stellung genommen. Ich will noch einmal unterstreichen, dass das Land diese Dienste weit über die Vorgaben des Landespflegegesetzes hinaus finanziert. Jetzt sind die Kommunen gefordert, mit den Wohlfahrtsverbänden tragfähige Vereinbarungen zu treffen, um den Diensten eine verlässliche Perspektive zu bieten.

(B)

(Beifall des Horst Vöge [SPD])

Wir wollen die Arbeit der ambulanten Hospizdienste mit weiteren 200.000 DM unterstützen. Diese Mittel sollen für die Beratung, Begleitung und Qualifizierung von Angehörigen und in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen eingesetzt werden. Wir wollen diese schwierige und belastende Arbeit nachhaltig unterstützen. Sterbebegleitung hat für uns einen hohen Stellenwert, und zwar gerade auch vor dem Hintergrund der Diskussion um aktive Sterbehilfe in anderen europäischen Ländern. Ich bin froh, dass darüber unter den Fraktionen, die sich hier bisher geäußert haben, Einigkeit besteht. Wir sind uns wohl alle gemeinsam der hohen Verantwortung, die wir nicht zuletzt aufgrund unserer Geschichte haben, bewusst.

Meine Damen und Herren, für die Krebsberatungsstellen und die kofinanzierte Patientenberatung wollen wir 500.000 DM bereitstellen. Insbesondere wollen wir die Krebsberatungsstellen in ihrem Bemühen unterstützen, hochwertige und gesicherte Informationen weiterzugeben, die

sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren. Wir haben gestern noch ein Gespräch mit den Beratungsstellen geführt. Wir haben da das Signal bekommen, dass man sehr, sehr zufrieden ist mit dem, was in den Haushaltsplanberatungen erreicht werden konnte.

In Kürze wird der zweite Teil des Landesprogramms gegen Sucht vorgelegt. Dieser zweite Teil wird sich mit Tabakabhängigkeit, Glücksspielsucht und Essstörungen befassen. Da wollen wir mit 1,9 Millionen DM Barmitteln und 1,5 Millionen DM VE u. a. Hilfen für Kinder aus drogen- und suchtblasteten Familien und eine weitere frauenspezifische Differenzierung und Weiterentwicklung des Hilfesystems ermöglichen. Aus den Mitteln der Oddset-Wetten werden weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht finanziert. Sie dienen sicherlich auch dazu, die Arbeit der drei Fachstellen in Neuss, Unna und Herford zu unterstützen.

Ein wichtiger Schritt in der Drogenpolitik wird mit der Einrichtung von voraussichtlich sechs Drogenkonsumräumen in Nordrhein-Westfalen getan. Hier wird ein Hilfsangebot zur Verhinderung von Todesfällen und zur Überlebenshilfe chronisch abhängiger Drogenkranker vorgehalten.

(Vorsitz: Vizpräsidentin Edith Müller)

Diese Beispiele haben deutlich gemacht: In der Sozial- und Gesundheitspolitik ist Verlass auf die SPD in Nordrhein-Westfalen, Verlass auf diese Koalition. Daher bitte ich um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Scheffler. - Für die Fraktion der F.D.P. spricht jetzt Frau Dr. Pavlik.

Dr. Jana Pavlik (F.D.P.): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten auf der Grundlage des bloßen Zahlenmaterials im Etat reißen normalerweise keinen vom Hocker. Wenn man sich den vorliegenden Haushalt in seinen Einzelplänen ansieht, so gleicht mein Bereich, der Gesundheitsplan, einem Offenbarungseid der Regierung und der sie tragenden

(C)

(D)

(Dr. Jana Pavlik [F.D.P.]

- (A) rot-grünen Koalition, und das nicht nur, was die Gesundheit angeht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Haushalt ist das Inventarverzeichnis einer Regierung. In diesem Inventarverzeichnis bildet der Vermögenswert Gesundheit einen fast nebensächlichen, marginalen Randposten, deutlich abgespeckt gegenüber dem Jahr 2000.

Das aber zeigt nur, was diese Regierung von der Gesundheit der Bürger und ihrer Versorgung hält: Wenig! Allzu wenig, meine Damen und Herren!

Mit den konkreten Problemfeldern und den aktuellen Fragestellungen im Bereich Gesundheit haben Sie es nicht. Der Alltag und die konkrete Praxis im Gesundheitswesen mit all seinen Ungereimtheiten und Unmöglichkeiten interessiert Sie herzlich wenig. Sie haben nicht nur herzlich wenig Ahnung, sondern der Haushalt zeigt auch, welchen geringen Stellenwert die Gesundheit bei dieser Regierung einnimmt.

Es ist bedauerlich, dass ein so wichtiger Lebensbereich, wie ihn die Gesundheit für alle Bürger bildet, einen prozentual so geringen Anteil von rund 2 % - wenn ich einmal aus dem Einzelplan 11 den Teil "Frauen und Familie" gesondert betrachte - am Gesamtetat einnimmt. Das verwundert allerdings bei dieser Regierung auch nicht, liegt er doch genau auf der Linie und im Rahmen dessen, was der Ministerpräsident an Geringschätzung für die Gesundheit in seiner Regierungserklärung im vergangenen Jahr vorgegeben hatte.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In einer Redezeit von mehr als drei Stunden - die längste Regierungserklärung, die es je in diesem Hause gab - nahm das Thema Gesundheit lediglich einen knapp zehnmütigen Raum ein. Mehr war und ist seitens der Regierung zum Thema Gesundheit nicht zu sagen nötig.

Einige Beispiele: Mehr als 4 Millionen DM Reduzierung gegenüber dem Jahr 2000 im eigentlichen Gesundheitsbereich, über 10 Millionen DM Reduzierung gegenüber dem Jahr 2000 in der Krankenhausförderung, über 1,5 Millionen DM Reduzierung im öffentlichen Gesundheitsdienst und im Gesundheitsschutz. Das macht summa summarum rund 16 Millionen DM Kürzungen. Das offenbart auch dem blindesten Zeitgenossen den Stellenwert - besser: Unwert -, den die Gesundheit bei dieser Regierung einnimmt.

lenwert - besser: Unwert -, den die Gesundheit bei dieser Regierung einnimmt.

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In Sachen Gesundheit heißt die Devise bei Ihnen: Reduktion, Einsparung, Rückführung. Ein solcher Reduzierungsradikalismus, wie er in der massiven Rückführung der Krankenhausförderung überdeutlich wird, liegt übrigens genau auf der Linie der Kahlschlaggutachten der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Krankenkassen in Westfalen-Lippe. Zwar kann die Ministerin schnell sagen, diese Gutachtenvorschläge hätten keine große Relevanz für die noch ausstehende Planung. Aber richtig ist: Die reduzierten Gesundheitsansätze der Regierung entsprechen in der Tendenz den Kahlschlaggutachten. Rot-Grün schließt zwar offiziell noch keine Krankenhäuser, aber es wird auch nichts oder zumindest so wenig für die Krankenhäuser getan, dass sich das Problem bald von selber löst, wenn weiterhin Kliniken und Fachabteilungen verrotten, vergammeln und zu unzumutbaren Krankenverwahranstalten werden, anstatt Stätten zur Wiedergenesung zu sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Kollegen von der Opposition haben eine Erhöhung des Ansatzes der Krankenhausförderung um 100 Millionen DM beantragt. Wir von der F.D.P. haben diesem Antrag aus Überzeugung und Einsicht in die dringende Sachnotwendigkeit zugestimmt, aber Sie haben abgelehnt.

(D)

Ich gebe Ihnen ein kleines Beispiel für die verheerende Situation vieler Kliniken direkt vor unserer Tür. Gehen Sie einmal auf das Gebiet der Unikliniken Düsseldorf und schauen sich nur den Zustand der Hautklinik an. Es packt Sie das blanke Entsetzen, in welchem Zustand sich diese Klinik befindet, die aufgrund ihrer ärztlichen Leitung medizinisch weltweit führend und bekannt ist. Die Klinik gehört zwar nicht direkt in unseren Etat, aber ich nehme sie als ein skandalöses Beispiel für viele andere Kliniken im Land. Sie wissen: Pars pro toto.

Die Antwort von Rot-Grün: Wir führen den Gesundheitsetat munter zurück und verhindern damit die notwendigsten und dringendsten Investitionen an Gebäuden, die in weiten Teilen älter sind als vierzig Jahre.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Jana Pavlik [F.D.P.]

- (A) Sie haben den Antrag der F.D.P. auf Ansatzserhöhung zur Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter im Krankenhausbereich abgelehnt. Das ist völlig unverständlich und ein Beweis Ihrer Uneinsichtigkeit und Verbohrtheit, mit denen Sie auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik operieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Beurteilung einer solch ideologisch gefärbten Gesundheitspolitik haben Sie vorgestern in Sachverständigengutachten bekommen. Eine schallende Ohrfeige für jeden rot-grünen Gesundheitspolitiker, egal, ob in Berlin oder im Land: Das gesamte System sei ineffektiv, marode und erneuerungsunfähig. Ich habe Ihnen Ähnliches schon vor Monaten gesagt.

Die F.D.P. hat für Einzelmaßnahmen im Gesundheitswesen, wie z. B. im Bereich der Suchtproblematik, eine Erhöhung des Ansatzes um 4 Millionen DM beantragt. Ihre Reaktion, wie gehabt: abgelehnt. Was geht eigentlich in Ihren Köpfen vor, wenn Sie einen solchen Vorschlag angesichts des uns täglich vorgeführten Dramas von zerbrochenen Existenzen, zerstörten Familien und zerfallenen sozialen Beziehungen auf dem Gebiet der Suchtkrankheit ablehnen? Neu aufkommende Problemfelder im Sucht- und Abhängigkeitsbereich bei Jugendlichen und sogar zunehmend bei Kindern, die leistungsgedopt für die Schule und damit schnell medikamentenabhängig werden, müssen unverzüglich angegangen werden. Kommen Sie einen Tag in meine internistische Praxis, und Sie werden das ganze Elend sehen. Hier verstärkt tätig zu werden, das war die Absicht des Änderungsantrags meiner Partei. Aber Sie hatten als Antwort nur die Ablehnung zu präsentieren. Das zeigt Ihre geballte Ignoranz und Unbeweglichkeit bei neuen Problemstellungen.

(B)

Aber ich muss ja zugeben: Das schlechte Gewissen hat Ihnen keine Ruhe gelassen. Immerhin haben Sie selber eine Erhöhung im Baransatz und in der Verpflichtungsermächtigung, knickrig zwar, aber immerhin eingesetzt. Doch selbst mit der Verpflichtungsermächtigung bleiben Sie noch weit unter unserem Vorschlag.

Natürlich haben wir - wenn Sie das zu Ihrer Entlastung anführen wollen - dieser Mini-Erhöhung zugestimmt, aber nicht, um Ihnen ein Alibi oder

ein Feigenblatt zu geben, sondern weil wir denken: Wenig ist immerhin mehr als nichts.

(C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber so ist das nun einmal: Für diese Regierung zählt nur die Macht der Lobbyisten. Aber zu denen zählen weder Alte noch Kranke noch Sucht-abhängige.

Lassen Sie mich abschließend noch einige wenige Anmerkungen machen! Die primäre Sorge einer verantwortlichen Gesundheitspolitik müsste sein, nicht an Wesentlichem zu streichen, sondern effizient und rechtzeitig eine effektive Gesundheitsfürsorge zu ermöglichen. Vorbeugung und Vorsorge, am Patienten orientiert und ortsnah angeboten, sind das Gebot der Stunde.

Der Ausbau und die Förderung von stationären und ambulanten oder häuslichen Krankenpflagediensten, die einer Prüfung und Qualitätskontrolle unterliegen, und der verstärkte Ausbau der Hospizen müssen vorrangig angegangen werden. Das große Engagement der zahlreichen Ehrenamtlichen, das unbedingt auch öffentlich anzuerkennen ist, liefert einen wirkungsvollen und unverzichtbaren Beitrag zu gegenwärtigen unzähligen Diskussionen von aktiver oder passiver Sterbehilfe. Wer dem Menschen hilft, menschlich erträglich krank zu werden oder zu sein oder seinem Ende entgegenzugehen, wer sein Leid in allen Variationen zu lindern und zu ertragen hilft, der leistet den eigentlichen Beitrag zu einem menschenwürdigen Leben und Sterben.

(D)

Gesundheit muss in Nordrhein-Westfalen wieder den Stellenwert einnehmen, der ihr gebührt. Eta-trückführungen aufgrund mangelnder Sachkenntnisse sind angesichts des höchsten Gutes, das wir alle mit unserer Gesundheit haben und erhalten wollen, unangebracht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Pavlik. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Steffens.

Barbara Steffens (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon interessant, wenn die Minutenzahl in der Regierungs-erklärung entscheidend dafür ist, welchen Stellen-

(Barbara Steffens [GRÜNE])

(A) wert Politik hat. Wir werden ganz gespannt in der nächsten Woche bei der Haushaltsdebatte mitstoppen, wie viele Sätze dann Ihr Sprecher, Herr Möllemann, zur Gesundheitspolitik einbringen wird. Auch bei anderen Punkten werden wir gucken, ob dieser Maßstab auch für Sie gilt: Wie viel Minuten zu etwas geredet wird, ist wichtig. Ich finde das ziemlich hanebüchen. Ich habe in dieser Koalition den Stellenwert der Gesundheitspolitik bisher als einen sehr hohen verstanden und gesehen.

Auch mit dem Vorwurf des Lobbyistentums wäre ich sehr vorsichtig. Ich habe zahlreiche Diskussionen zur Gesundheitspolitik erlebt. Das Lobbyistentum ist da wohl weder der SPD noch den Grünen zuzuschreiben.

Zum Haushalt! Zum Einzelplan 11 möchte ich nur auf einige Punkte eingehen. Ein Bereich, der uns als Grüne immer wichtig gewesen ist und nach wie vor wichtig ist, ist die Bekämpfung der Suchtgefahren. Sie haben eben einiges dazu gesagt. Ich teile Ihre Meinung natürlich nicht.

Dass wir eine Weiterentwicklung brauchen, das ist Konsens, auch dass wir diese in vielen Fragen im Detail brauchen. Gerade deshalb werden wir uns ja inhaltlich in Kürze mit dem zweiten Teil des Landessuchtberichts beschäftigen. Und deshalb haben wir im Haushaltsverfahren eine Aufstockung in diesem Bereich durchgesetzt.

(B)

Wir wollen eine frauenspezifische Differenzierung und Weiterentwicklung des Hilffsystems, z. B. mit dem Ausbau der Koordinierungsstellen "Frau und Sucht". Wir wollen verstärkt Hilfen für Kinder aus drogen- und suchtblasteten Familien anbieten und die Förderung psychosozialer Betreuung Substituierter sowie die Weiterentwicklung niedrigschwelliger Angebote ausweiten.

Wir haben jetzt 1,9 Millionen DM mehr als im Haushaltsplanentwurf veranschlagt, und wir haben auch die Verpflichtungsermächtigungen angehoben. Dazu kommen die Mittel zur Bekämpfung der Spielsucht durch die Oddset-Wetten.

Ich habe so das Gefühl, dass Sie hier versuchen, die Debatte um Drogen- und Suchtpolitik auf den Haushaltsaspekt - nämlich wie viel Geld man dafür einsetzt - zuzuspitzen. Ich kann nur sagen: Nach dem, was ich vor Ort gerade in den Diskussionen über Drogenkonsumräume und Ähnliches erlebe, wäre nicht ein Mehr an Geld notwendig,

sondern ein Mehr an Einsicht bei der CDU, damit man im Interesse der Menschen, der Süchtigen, der Abhängigen eine positive Drogenpolitik erreicht. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns ist nach wie vor im Bereich Gesundheitspolitik das Thema HIV und Aids wichtig, auch wenn das öffentliche Interesse daran in den letzten Jahren etwas nachgelassen hat. Wir haben dazu im Haushalt die VE wieder angehoben, weil wir glauben, dass diese Fördertöpfe und die Projekte der zielgruppenspezifischen Prävention, Beratung, Betreuung und Vorsorge dringend notwendig bleiben. Da es sich aber zum Teil um Ansätze und Maßnahmen handelt, die weit über das Jahr hinausgehen, brauchen wir auch da diese Erhöhungen der VE, die wir durchgesetzt haben.

(Rudolf Henke [CDU]: Gegenüber dem Entwurf!)

- Ja, natürlich. Das ist das, was man als Fraktion letztendlich durchsetzt. Ich bin mit dem, was wir gegenüber dem Entwurf erreicht haben, voll und ganz zufrieden. Ich glaube, dass diese Ansätze in den Punkten auch reichen.

Zum Thema Gesundheitshilfe: Für diesen Bereich werden 700.00 DM zusätzlich bereitgestellt. (D)

Ich freue mich sehr darüber, dass gerade die Erhöhung um 200.000 DM für ambulante Hospizdienste im Konsens von allen getragen worden ist. Ich finde, dass dies ein sehr positives Ergebnis ist. Vor dem Hintergrund, dass mit den bisherigen Summen 60 Dienste vom Land mit 20.000 DM gefördert werden, können mit diesen zusätzlichen Mitteln weitere Hospizdienste gefördert werden, die insbesondere Angehörige und Ehrenamtliche in ihrer Arbeit unterstützen.

Ferner haben wir uns für den Haushalt 2001 darauf verständigt, zusätzlich 500.000 DM für die finanzielle Unterstützung von unabhängigen, durch Krankenkassen, Land und Kommunen gemeinsam finanzierten Patientenberatungsstellen insbesondere mit dem Schwerpunkt Krebsberatungsstellen einzusetzen. Ich hätte mir gewünscht, wenn es dort auch diesen breiten Konsens gegeben hätte.

(Rudolf Henke [CDU]: Hat es doch gegeben! War einstimmig!)

(Barbara Steffens [GRÜNE])

(A) - Nein, es gab bei dem Punkt Enthaltungen.

(Rudolf Henke [CDU]: Nein!)

- Gut, dann begrüße ich die Einstimmigkeit.

Im Bereich der Alten- und Pflegepolitik werden über die beiden Einzelpläne insgesamt 15 Millionen DM mehr Barmittel bereitgestellt, als ursprünglich im Haushaltsentwurf vorgesehen. Bei den Verpflichtungsermächtigungen sind es über 10,3 Millionen DM mehr. Betreffend das Familienministeriums entfallen davon 9 Millionen DM auf Barmittel und 1,3 Millionen DM auf VE.

Von den Barmitteln sollen 5 Millionen DM für die Sicherung des Programms zur Unterstützung der Erholungsmaßnahmen für alte Menschen mit geringem Einkommen verwendet werden. Ich fand es bedauerlich, dass man das über die Fraktionen im parlamentarischen Verfahren durchsetzen musste, weil ich erwartet hätte, dass das von vornherein im Haushaltsentwurf fortgeschrieben würde.

Über die komplementären ambulanten Dienste haben wir heute Morgen schon bei Einzelplan 15 geredet. Dort gibt es ja eine etwas heftigere Kontroverse. Es werden auch hier gegenüber dem Haushaltansatz 4 Millionen DM mehr eingestellt.

(B) Wir haben uns darauf verständigt, dass die Kommunen bei der Übergangsförderung der komplementären ambulanten Dienste entsprechend ihren kommunalen Aufgaben mit in die Finanzierung einsteigen müssen. Wir wollen auch auf diesem Gebiet die Erfüllung der vorrangigen Aufgabe des Landes, die Weiterentwicklung, vorantreiben.

Die Förderung der Familienpflege wird selbstverständlich in vollem Umfang weitergeführt.

Ich komme noch zu zwei Punkten, die in dieser Debatte aufgekommen sind: Der erste betrifft den Antrag zur Krankenhausförderung und zum Investitionsstau. Uns ist früher während unserer Oppositionszeit von der CDU immer etwas von Gelddruckmaschinen erzählt worden. Wenn man x-beliebig viel Geld hätte, könnte man im Krankenhausbereich mit Sicherheit mehr Geld einsetzen.

(Rudolf Henke [CDU]: Überall gibt es Investitionsstau!)

Man könnte aber auch in sehr vielen anderen Bereichen erheblich mehr Geld einsetzen.

(C) Gestern gab es bei der Bildungspolitik eine Debatte um Seriosität und nicht Seriosität von Deckungsvorschlägen. Ich kann deshalb hierzu nur sagen, dass es keine Deckungsvorschläge für eine solche Aufstockung eines mit Sicherheit notwendigen Investitionsvolumens gibt. Auch von Ihrer Seite gibt es dazu keinen seriösen Deckungsvorschlag. Solange es keinen gibt, muss man bei den eingeschränkten Haushaltsmitteln sehen, wie man diese verteilt. Wenn man die Mittel an einer bestimmten Stelle ausgibt, wird es an einer anderen nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb können wir diesem klassischen und typischen Oppositionsantrag so nicht zustimmen.

Ich komme zu meinem letzten Punkt: Uns ist vorgeworfen worden, wir hätten im Ausschuss bezogen auf gedeckelte Budgets "herumgeeiert". - Herr Henke, Sie haben die Diskussion im Ausschuss wirklich mitbekommen. Da hat niemand herumgeeiert. Wenn ein Antrag gestellt wird, in dem steht, die Budgets sollten gestrichen werden, aber überhaupt kein Vorschlag gemacht wird, was an deren Stelle treten und wie die Finanzierung aussehen soll, wenn immer nur Nebelbomben geworfen werden, muss man aus Verantwortung so etwas ablehnen. Man kann nicht einfach etwas streichen, ohne Alternativen aufzuzeigen. Das wäre verantwortungslos. Von daher finde ich es richtig, dass man in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün weiter eine verantwortungsbewusste Gesundheitspolitik betreibt, statt einer solchen Oppositionspolitik zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nicht überzeugend!)

(D) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Steffens. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Fischer.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen kann die Landesregierung durchaus den Beweis dafür antreten, dass sie sich einer sozial gerechten Gesundheitspolitik verpflichtet fühlt. Im Zentrum dieser Gesundheitspolitik stehen die Interessen und der Bedarf der Patientinnen und Patienten.

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Der Haushalt 2001 sieht hierzu aktive Schritte in zentralen Fragen vor. Grundlage unserer Gesundheitspolitik sind der Vorrang von Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation, die Bürgerorientierung des Gesundheitswesens und die Orientierung an Gesundheitszielen.

Dabei setzen wir auch weiterhin auf eine von Partizipation und Zusammenarbeit geprägte Politik. Eine wirksame und zielgerichtete Gesundheitspolitik muss sich intensiver um eine zielgruppenspezifische Gesundheitspolitik bemühen. Auch im Bereich von Gesundheit und Krankheit bedarf es einer verstärkten Orientierung an Zielgruppen. Es bedarf auch einer differenzierten Herangehensweise in Bezug auf Frauen und Männer.

Auch die Berücksichtigung der sozialen Lage hat unter dem Aspekt sozialer Ungleichheit erhebliche Bedeutung. Es ist keine Frage, dass betroffene soziale Schichten auch hinsichtlich ihrer Gesundheit benachteiligt sind. Soziale Ungleichheit und Benachteiligung wollen wir auch bei den Grundlagen für die Gesundheit der Menschen zu Chancengleichheit umgestalten.

Ich freue mich daher, dass sich die Landesgesundheitskonferenz in diesem Jahr auch mit diesem Thema schwerpunktmäßig befasst. Die Bürger- und Patientenorientierung des Gesundheitswesens, die Stärkung der Patientenrechte, ihre aktive Beteiligung - und damit veränderte Rolle der Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen - bleiben für uns ein besonderes Anliegen in der Gesundheitspolitik, da sie meines Erachtens ein Motor für die Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens sein werden.

- (B) Die Beteiligten des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen haben sich darauf verständigt, gemeinsam die Beratungsangebote für Patientinnen und Patienten weiterzuentwickeln, auszubauen und auch die Informationen für die Bürger und Bürgerinnen transparenter zu machen.

Die Selbsthilfe im Gesundheitswesen wird die aktive Rolle der Patienten und Patientinnen besonders unterstützen und forcieren. Wir werden diese Entwicklung auch mithilfe des Landeshaushalts weiter voranbringen. Für diesen Bereich stehen uns 1,6 Millionen DM zur Verfügung.

Nordrhein-Westfalen arbeitet mit Gesundheitszielen und Leitlinien und hat damit ein wichtiges Instrument der Weiterentwicklung und Qualitäts-

sicherung im Gesundheitswesen. Mit dem Umsetzungskonzept zum Ziel 2 der nordrhein-westfälischen Gesundheitsziele - "Krebsbekämpfung" - haben wir - Landesregierung und Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen - die Intensivierung der Krebsbekämpfung zu unserer gemeinsamen Sache gemacht. Eine besondere Priorität hat dabei die Bekämpfung des Brustkrebses. Wir wollen die vorhandenen Aktivitäten und Initiativen in Nordrhein-Westfalen zusammenführen, um Früherkennung, Behandlung und Nachsorge zu optimieren und damit den Bedürfnissen der Betroffenen besser Rechnung zu tragen.

Ein zentraler Bereich des Gesundheitswesens ist und bleibt die Krankenhauspolitik. Wir stehen inzwischen in der Endphase der Aufstellung der Rahmenvorgaben für den neuen Krankenhausplan. Uns liegen insgesamt zwei Gutachten vor: eines der Krankenhausgesellschaft und der Ärztekammern und eines der Krankenkassen in Westfalen-Lippe. Beide Gutachten werden bei der weiteren Planungsdiskussion sicherlich eine Rolle spielen. Die Landesregierung wird sich im Landesausschuss für Krankenhausplanung mit diesen und auch anderen Argumenten auseinandersetzen. Wir brauchen eine Krankenhausstruktur, d. h. Leistungsangebote, die zukunftsfähig sind im Hinblick auf eine optimale Versorgung der Patienten und Patientinnen.

Im Haushalt geht es auch um Baumaßnahmen, von denen ebenfalls die Zukunftsfähigkeit der Häuser mit abhängt. Die Mittel, die den Krankenhäusern zu Verfügung stehen, sind in diesem Jahr im Vergleich zum vergangenen Jahr weitgehend gleich geblieben. Im Haushaltsjahr 2001 stehen für die Krankenhäuser ca. 909 Millionen DM an Barmitteln und 320 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Schwerpunkt der Förderung im Rahmen des Investitionsprogramms 2001 mit einem Volumen von rund 280 Millionen DM ist die intensive Begleitung wichtiger Strukturverbesserungen. So sollen in diesem Jahr insbesondere der Ausbau der gemeindenahen Psychiatrie vorangetrieben und die Situation in den Funktionsbereichen wie Operationsräumen und den Investitionseinheiten verbessert werden.

Der Haushaltsansatz für den Maßregelvollzug erfährt im Bereich der Betriebskosten eine wesentliche Steigerung. Dies beruht in erster Linie auf dem erheblichen Anstieg der Verweildauer und

(C)

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) der Belegungszahl. Außerdem werden Modellvorhaben zur ambulanten Nachsorge fortgesetzt und die Öffentlichkeitsarbeit für den Maßregelvollzug, Forschungsaufträge sowie Fortbildungsmaßnahmen für Gutachterinnen und Gutachter finanziert.

Im investiven Bereich werden die in den Vorjahren begonnenen Projekte an bestehenden Standorten abgeschlossen. Zur Realisierung neuer Standorte sind verstärkt in den nächsten Jahren die erforderlichen Mittel bereitzustellen, und - um jede Verzögerung bei der Umsetzung zu vermeiden - in der Tat zügig bereitzustellen. Dabei geht es um Neubauten, Umbauten und Erweiterungsbaumaßnahmen, die das Land selbst durchführt.

(Rudolf Henke [CDU]: In diesem Jahr passiert doch nichts!)

Der Nullansatz, den Sie angesprochen haben, dient gerade dazu, weil in diesem Jahr Planungskosten anfallen, diese Planungskosten auch tatsächlich in diesem Jahr zu realisieren.

Auch die Sucht- und Drogenpolitik bleibt in der Gesundheitspolitik ein besonderer Schwerpunkt. Dank einer Initiative der Koalitionsfraktionen sollen die Ansätze aus 2000 erneut aufgestockt werden. Herr Kollege Henke, hier zum wiederholten Male - ähnlich wie im Ausschuss - von einer Kürzung der Mittel im Suchtbereich zu sprechen, ist schon wirklich sehr verwegen.

- (B)

(Zuruf des Rudolf Henke [CDU])

Ich konnte mehrfach erläutern, dass es nicht um eine Kürzung der zur Verfügung stehenden Mittel geht, sondern dass es abweichende Zahlen im Vergleich zum vergangenen Haushalt gibt. Das hat zwei maßgebliche Gründe:

Erstens. Das Methadon-Programm ist in die Regelfinanzierung überführt worden und wird von daher nicht mehr aus Landesmitteln finanziert.

Zweitens. Wir in Nordrhein-Westfalen beteiligen uns am Modellprojekt Heroinbehandlung, aber mit zwei Städten weniger als geplant.

(Rudolf Henke [CDU]: Dann haben Sie freier werdendes Geld gestrichen!)

- Das Projekt hat - wie Sie wissen - nicht begonnen, sondern wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte starten, sodass die Mittel in diesem Umfang wie im vergangenen Jahr planungsmäßig in diesem Haushalt nicht benötigt werden. Man

kann also von einer Verkürzung der Mittel nicht reden. (C)

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Ministerin, Augenblick. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie jetzt hereinströmen, bitte ich Sie, sich möglichst schweigend auf Ihren Platz zu setzen, damit die Ministerin in Ruhe ihre Rede fortsetzen kann. Vielen Dank.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Zumal wir gerade bei der Sucht- und Drogenpolitik auch über die Prävention reden, denn die Prävention hat insbesondere auch für gefährdete Kinder und Jugendliche eine hohe Priorität.

Aber es geht ebenso darum, die vorhandenen Hilfeangebote so zu differenzieren, dass bislang nicht erreichbare Schwerstabhängige zukünftig vom Hilfesystem besser erreicht und erfasst werden können. Daher begrüße ich es, dass in Kürze die ersten Drogenkonsumräume in Nordrhein-Westfalen ihre Arbeit aufnehmen werden.

Innovative Entwicklungen im Bereich der Gesundheit und Medizin sind ein wesentlicher Faktor für den Wirtschafts- und Medienstandort Nordrhein-Westfalen. Sie haben unter den aktuellen Rahmenbedingungen entscheidende Bedeutung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit unseres Gesundheitssystems insgesamt. Daher misst die Landesregierung der Weiterentwicklung von Telematikanwendungen im Gesundheitswesen eine besonders große Bedeutung zu.

(D)

Mit dem Zentrum für Telematik im Gesundheitswesen hat das Land - und zwar Politik, Wirtschaft und das selbstverwaltete Gesundheitswesen - eine in die Zukunft weisende Grundlage für Weiterentwicklungen geschaffen.

Neben der Gesundheitspolitik ist die Seniorenpolitik ein weiterer Schwerpunkt im Bereich meines Hauses. Die Leitidee unseres seniorenpolitischen Konzepts ist, die Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der älteren Generation zu erhalten. Sie ist nach wie vor aktuell und bestimmt die Richtung der nordrhein-westfälischen Seniorenpolitik.

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Wir wollen die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft nutzen, und zwar sowohl für die älteren Menschen selbst als auch für neue Dienstleistungen, Produkte und Arbeitsplätze, die als Antwort auf eine älter werdende Gesellschaft und die sich daraus ergebenden neuen Herausforderungen entstehen können.

Im Jahr 2000 wurde die Erweiterung der Medienkompetenz älterer Menschen zu einem Schwerpunkt gemacht. Mit der Einrichtung des Projekts "Senioren online" und 120 Internetcafés und zusammen mit dem Schwerpunkt des Jahres 1999, als verstärkt selbstbestimmte Formen des bürgerschaftlichen Engagements gefördert wurden, sind seit Gründung des MFJFG richtungsweisende Projekte angestoßen worden, so auch die Freiwilligen-Zentralen. Erste Zwischenergebnisse erwarten wir in diesem Jahr. Eine Präsentation wird auch aus Anlass des Internationalen Jahres der Freiwilligen stattfinden, und zwar auf der Seniorenmesse in Essen am 28. und 29. Oktober 2001.

Eine neue Herausforderung sind auch die bei uns lebenden älteren Menschen ausländischer Herkunft. Im Kreis Unna beginnen wir z. B. ein Modellprojekt, bei dem die Belange der älteren Migrantinnen und Migranten im Vordergrund stehen.

- (B) Zur Entwicklung der politischen Partizipation älterer Menschen wurde, wie geplant, am 15. März 2001 erstmalig die Landesseniorenkonferenz gegründet.

Die Förderung der komplementären ambulanten Dienste ist eine kommunale Aufgabe. Nach Auslaufen der Regelförderung des Landes bereits zum 31. Dezember 1998 ---

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Ministerin, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Ja.

Die ambulanten Dienste sind kurz angesprochen worden. Darum sage ich dazu zwei Sätze. Die Regelförderung ist ausgelaufen. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen gibt es noch einmal eine Verlängerung um weitere zwei Jahre, aber mit dem Ziel, die Beteiligung des Landes zurückzuführen

und die finanzielle Verantwortung auch tatsächlich in die kommunale Verantwortung zu geben. (C)

Ein Satz noch zur Altenpflegeausbildung! Auch hier muss ich deutlich sagen, dass das Land nur in dem Maße ausbilden kann, wie auch Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Das ist zumindest die Grundlage nach der neuen Gesetzgebung des Bundes. Und die Zahl derjenigen, die zurzeit bei uns ausgebildet werden, ist mit der Liga abgestimmt. Auch dies entspricht dem Bedarf, wie er von den Wohlfahrtsverbänden beschrieben wird.

(Rudolf Henke [CDU]: Es gibt aber Interesse weiterer Träger!)

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Mit der Gesundheits- und Seniorenpolitik stehen wir in der Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und für die Sicherung der Lebensqualität und Humanität.

Sie haben immer wieder das Sachverständigen-gutachten angeführt. Das Sachverständigen-gutachten zum Gesundheitswesen macht deutlich, dass wir in Deutschland nicht so gut sind, wie wir sein könnten. Und das richtet sich in erster Linie an die Selbstverwaltung. Denn der Politik bestätigt es, dass es nicht an den fehlenden Mitteln im Gesundheitswesen liegt. (D)

(Rudolf Henke [CDU]: Es richtet sich an die allgemeine Politik!)

Es liegt vielmehr daran, dass wir unsere Ressourcen in Deutschland nicht vernünftig ausschöpfen. Und das müssen wir gemeinsam mit der Selbstverwaltung versuchen zu verbessern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir sind damit am Ende der Beratungen zum Einzelplan 11.

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge. Wir

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/940** - Stichwort: Verbesserung des Angebots an Hortplätzen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei einigen Enthaltungen der F.D.P. **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den zweiten **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/941** - Stichwort: Verbesserung des Angebots an Hortplätzen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer lehnt diesen Antrag ab? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der F.D.P.-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den dritten **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/942** - Stichwort: Vorschulische Sprachförderung. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den vierten **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/943** - Stichwort: Zuschüsse an freie Träger der Altenhilfe. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

- (B) Jetzt zur Abstimmung über den fünften **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/944** - Stichwort: Investitionsstau im Krankenhausbereich. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ebenfalls **abgelehnt**.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den **Einzelplan 11** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/811**. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Empfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**. - Ich bedanke mich bei Ihnen für die Abstimmung.

Ich rufe nun **Nummer 5** auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/804**. (C)

Als Erster in der Beratung spricht Herr Biesenbach für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Justizminister hat in seinem Statement vor dem Rechtsausschuss zur Einführung in den Entwurf des Justizhaushalts 2001 am 31. Januar 2001 zu Recht festgestellt, dass sich unser Land in einer Phase schwieriger haushaltswirtschaftlicher Rahmenbedingungen befindet. Das stimmt. Bei einer Personalausgabenquote von über 40 % ist das kein Wunder. Im Justizhaushalt machen die Personalausgaben rund 70 % der Gesamtausgaben aus. Zum Vergleich:

(Unruhe - Glocke)

Für Bauausgaben stehen 2,7 % zur Verfügung. Und bei den sonstigen Investitionen im Bereich der Justiz veranschlagt der Entwurf lediglich 2,6 % der Gesamtausgaben. Das liegt noch unter dem Ansatz des Vorjahres.

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

Dieser Haushalt ist ein Beleg dafür, dass es die Landesregierung geschafft hat, sich sämtlicher Handlungsmöglichkeiten zu berauben - auch im Justizbereich. Es gibt keinen Gestaltungsspielraum mehr. Stillstand bei der Rechtspflege - das ist es, was diesen Haushalt auszeichnet. (D)

Im Erläuterungsband zum Justizhaushalt ist zu lesen, dass die Belastung der Justiz unverändert hoch sei. Das stimmt. In den letzten Jahren gab es beispielsweise bei den Staatsanwaltschaften fast 200.000 Eingänge mehr; die Gesamtzahl lag knapp an der Millionengrenze.

Wieder gibt die Stellenzahl Auskunft, wie ernst das Thema genommen wird: 1990 gab es 976 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, 1999 waren es 988 - ein Plus von 12 Staatsanwälten in zehn Jahren. 12 Staatsanwälte mehr bei rund 170.000 zusätzlichen Eingängen!

Das ist - um es harmlos auszudrücken - ein bisschen dünn. Man könnte es auch krasser formulieren: Das ist nichts. Wenn wir es bildhaft ausdrücken wollen: Das ist so, als ob Sie einem Nackten